

Themen in dieser Ausgabe:

Hüttenkäse	S. 1
Eine wahre Geschichte über ein Baumhaus, dessen Bewohner und Pläne für die Zukunft	
Wasser auf die Mühle	S. 2
Wie Ziegel ein eigenes Wasserkraftwerk in Betrieb nimmt und auf dem Weg zum Plus-Energie-Dorf ist	
Vom Hoffnungsträger zum Sündenbock	S. 3
Ein Gastbeitrag zum Thema EEG	
Verkehrswende Fulda	S. 4
Ein Bericht über das Initiativentreffen zur Verkehrswende in Fulda - und den Folgen	
Mehr Ampeln in Fulda	S. 4
Ein nicht ganz erst gemeinter Gastbeitrag über das Leben eines Autofahrers in Fulda und seine Erfahrung mit Ampeln	
Der Fulder und seine Stadt	S. 5
Ein Lagebericht zur Stadtplanung	
Sensation in Eichenzell!	S. 6
Ines Korlev war vor Ort - Exklusiv-Bericht!	
Dafür. Dagegen.	S. 7
Über das Scheitern. Und die Windkraft.	
BGE - Ein Gastbeitrag	S. 8
Michael Schmitt (KAB) zum Bedingungslosen Grundeinkommen	
Gerlinde	S. 9
Jetzt neu in der AGORA: Eine Kurzgeschichte	
Ins Verhältnis gesetzt	S. 9
Im Nahost-Konflikt eskaliert die Gewalt	
Über den Tellerrand	S. 10
Ein kleiner Bericht über den uruguayischen Präsidenten - mit fast einem Gedicht	



Fotomontage: AGORA

Liebe Leserinnen und Leser,

in Ihren Händen halten Sie die dritte Ausgabe der AGORA Fulda. Von Beginn an ist es unser Anliegen, eine Bürgerzeitung zu gestalten, deren Schwerpunkt zum einen die Energiewende ist, und die sich zusätzlich mit anderen regionalen Themen auseinandersetzt, die wir unserer Meinung nach in den etablierten Presseprodukten der Region stiefmütterlich bis gar nicht berücksichtigt sehen. Einer unserer Ansprüche ist es, ein prinzipiell offenes Medium für interessierte Autoren zu sein, die sich den von ihnen gewählten Themen nähern und gerne eingeladen sind, an unseren offenen Redaktionssitzungen teilzunehmen und sich einzubringen. Unser Konzept ist auch bisher erfolgreich. Das zeigen uns die vielen positiven Rückmeldungen aus der Leserschaft. So erfolgreich, dass wir inzwischen schon den Seitenumfang der vorliegenden Ausgabe erweitern mussten und bereits darüber diskutieren, einzelne Artikel und Themen aufzuschieben, wenn sie eine Thematik verfolgen, die nicht unmittelbar aktuell ist. Die Diskussionen darüber sind mitunter kontrovers, aber fruchtbar. Auch merken wir mit der Zeit, wie sich unser zeitungsmäßiges Selbstverständnis Stück für Stück entwickelt. Wir diskutieren über Inhalte und Stil, über Umfang und Niveau, über ehrliche Subjektivität und Pseudoneutralität. Wir lernen Zeitung!

Wir merken aber auch, dass wir die Leitlinien entwickeln und vorgeben müssen. Wir tragen sowohl die presserechtliche Verantwortung als auch die finanzielle Last. Und letzten Endes tragen wir auch die Entscheidung darüber, was wie in unserem Namen veröffentlicht wird. Wir möchten Sie, liebe Leser und Leserinnen, gerne dazu anregen, sich zu beteiligen, Artikel und Themen einzubringen, mitzumachen. Natürlich kann es vorkommen, dass ein Text noch nicht druckfertig eingereicht wird, dass Texte von uns überarbeitet werden müssen. Die Überarbeitung von Texten erfolgt jedoch immer in enger Zusammenarbeit und in Rücksprache mit dem Autor oder der Autorin. Letztlich müssen sowohl die Redaktion als auch der oder die AutorIn hinter der Veröffentlichung stehen können. Die letzte Entscheidung über eine Veröffentlichung trifft die Redaktionskonferenz.

Das Zeitungsprojekt AGORA steht erst am Beginn eines Prozesses. Wir lernen stetig dazu, nach und nach kommen neue Fragen, die beantwortet werden wollen. Fragend schreiten wir voran. Gerne mit Euch, gerne mit Ihnen!

Ihr Redaktionsteam der AGORA

Hüttenkäse

Droht das Ende eines erfolgreichen Jugendprojektes? - von Matthias Söhlke

Die Teppiche sind sauber, die Theke ist aufgeräumt, die Schuhe müssen ausgezogen werden. Hier handelt es sich nicht um einen gutbürgerlichen Haushalt, sondern um ein selbstverwaltetes Jugendprojekt im Stadtteil Neuenberg. Die Hütte ist selbstgebaut, wird seit zwei Jahren in Eigeninitiative betrieben und ihre Zukunft steht gerade auf dem Spiel. Der Gestattungsvertrag mit der Stadt Fulda läuft Ende August aus und eine Verlängerung wird von kommunaler Seite derzeit abgelehnt.

Als an gleicher Stelle vor rund fünf Jahren eine Handvoll Jugendlicher mit dem Bau eines Baumhauses begonnen hatte war noch nicht abzusehen, wie sich das Ganze entwickeln, welche Gespräche mit Stadtverwaltung, Nachbarschaft und Ordnungshüter anstehen und welchen Status dieses Projekt Jahre später unter vielen Jugend-

lichen nicht nur in Neuenberg haben würde. Das Baumhaus war ein spontanes Projekt, entstanden im verlassenem Winkel „Am Heiligenfeld 20“, nahe der Bardoschule. Hier, im Einfahrtsbereich des inzwischen abgerissenen ehemaligen Schützenhauses, haben Jugendliche im zugewucherten Dickicht einen Kirschbaum auserkoren, ihr zukünftiges Baumhaus zu tragen. Durch Engagement und Unterstützung weiterer Freunde sowie zahlreicher Nachbarn, sind sie im Laufe von etwa zwei Jahren hoch hinaus gekommen. Zum Schluss zählte das Baumhaus fünf begehbare Etagen mit einer Gesamthöhe von 13 Metern. Dies rief nicht nur die Polizei auf den Plan, sondern vor allem das Amt für Jugend, Familie und Senioren, sowie das Grünflächenamt der Stadt Fulda. Der Einfahrtsbereich zum Heiligenfeld ist städtisches Gelände und die Stadt ist somit in der Haftung für alles, was dort passiert.

Doch wie damit umgehen? Um das Engagement und die Initiative der Jugendlichen zu würdigen, riss die Stadt das Baumhaus nicht



Das Objekt des Anstoßes (Foto: AGORA)

umgehend ab, sondern bot den Jugendlichen einen Gesprächstermin zur Erörterung der weiteren Vorge-

hensweise an. Da diese noch nicht volljährig und somit nicht geschäftsfähig waren, traten auch die Eltern in Erscheinung. Was folgte waren Gespräche im Jugendamt der Stadt Fulda. Hier einigte man sich nach zähem Ringen auf einen Erbpachtvertrag für die Fläche rund um das Baumhaus zwischen der Stadt Fulda und dem neu gegründeten Baumhaus Fulda e.V. Der Erbpachtvertrag, der für eine Laufzeit von zwei Jahren vorgesehen wurde, kam allerdings aus verwaltungstechnischen Gründen nicht zustande. Grundlegend für einen Erbpachtvertrag ist ein Gebäude auf dem Grundstück und das Baumhaus galt nun auch bei größtem Wohlwollen nicht als solches. Zudem trat nach den Verhandlungen ein Statiker der Stadt auf, der die Tragfähigkeit des Kirschbaums in Frage stellte und vehement dafür plädierte, diesen abzusägen, um einen potentiellen Einsturz in nicht absehbarer Zu-

kunft vorzubeugen. Außerdem war den Verantwortlichen die Gesamthöhe des Baumhauses aus Haftungsgründen ein Dorn im Auge - das Baumhaus müsse auf drei Meter Fallhöhe rückgebaut werden, wolle man noch irgendwie vertraglich zueinander kommen. Ausgehandelt wurde letztlich ein Gestattungsvertrag, der den Jugendlichen die zweijährige Nutzung einer „Teilfläche des Grundstücks ‚Am Heiligenfeld 20‘, Gemarkung Neuenberg, Flur 2, Flurstück 12/5, für den Erhalt und den Betrieb eines dort befindlichen privaten Baumhauses“ unter den geforderten Bedingungen ermöglichte. Nach Unterzeichnung des Vertrages am 24. November 2011 wurde der Baum von städtischen Bediensteten versehentlich entfernt. (...)

Den zweiten Teil des Artikel lesen Sie auf Seite 7.



Dieses Mühlrad wird sich bald drehen - und Ziegel mit mehr Energie versorgen, als benötigt wird. (Foto: AGORA)

Wasser auf die Mühle - Ziegel wird Plus-Energie-Dorf

Ein ehemaliges Wasserkraftwerk in Ziegel wird reaktiviert und versorgt bald komplett Ziegel mit erneuerbarer Energie - und produziert noch mehr

Die Energiewende ist in aller Munde. Den einen geht sie nicht schnell genug, den anderen ist sie ein Dorn im Auge. Vor Ort jedoch werden derweil positive Fakten geschaffen, denn es sind immer konkrete Menschen, die ein Projekt voran bringen, die beharrlich und engagiert Dinge bewegen. So wird demnächst in Ziegel ein Wasserrad gebaut, um damit erneuerbaren Strom zu erzeugen. Dank Klaus-Dieter Stein aus Künzell.

Angefangen hatte alles mit der Premiere des Films „Die 4. Revolution“, in dem die Energiewende thematisiert wird. Zur Organisation der Premiere fand sich in Fulda ein engagierter Kreis von Menschen in der Initiativgruppe „Fuldaer Weg“ zusammen, die eine beeindruckende Film Premiere mit insgesamt über 750 Besuchern im Fuldaer Kino auf

der Stadt Fulda aus dem Jahr 2012 fiel dem engagierten Energiepionier Klaus-Dieter Stein aus Künzell auf. Sie besagte, dass es ehemalige Wasserkraftwerke im Gebiet der Stadt gibt, die derzeit nicht mehr in Betrieb sind. Diese Information blieb haften und arbeitete in seinem Kopf weiter. Langsam nahm ein Plan Gestalt an.

Bei einem der Treffen des Fuldaer Weges kam Klaus-Dieter Stein mit der Idee, man könne sich doch für eine Wiedereinrichtung der alten Wassermühle an der Fliede neben dem bekannten Ziegeler Biergarten einsetzen. Früher wurden hier zwei Mühlräder betrieben. Bereits vor über 30 Jahren wurden sie abgebaut, um sich auf die damals vermeintlich modernen Energien aus der Kraft des Atoms zu verlassen. Heute sind wir glücklicherweise

Fuldaer Weg.

Klaus-Dieter Stein bekam das Mandat der Gruppe, um Möglichkeiten für eine Realisierung des Projektes auszuloten. Mehrere Gespräche mit Frau Brähler, der Eigentümerin des Geländes, ergaben, dass sie noch immer das Wasserrecht für die Mühle besitzt, was für deren Betrieb unerlässlich ist. Nach genaueren Erläuterungen konnte sich Frau Brähler gut die Wiedereinrichtung eines Wasserkraftwerkes auf Ihrem Gelände vorstellen.

Damit war der erste Schritt getan. Viele weitere folgten, in denen Klaus-Dieter Stein fast im Alleingang die nötigen Informationen sammelte, um die wichtigen Fragen zur Realisierung zu ermitteln und zu beantworten: Wer muss in einen Mühlenneubau involviert werden? Welche Ämter sind beteiligt? Wie stehen diese zu dem geplanten Projekt? Wo gibt es fachliche Expertise zur Errichtung eines Wasserkraftwerkes nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen? Was ist nun zu tun? Wer ist zuständig und wer sollte alles mit einbezogen werden? Wo gibt es noch Mühlenbauer und wer kann Tipps und Auskunft geben?

In vielen Treffen und Zusammenkünften mit Mühlenbesitzern, -bauern, -vereinen, mit dem Biosphärenreservat Rhön, der unteren und oberen Wasserbehörde, der Stadt Fulda, dem Landratsamt Fulda und dem Regierungspräsidium Kassel machte er sich kundig und berichtete jeweils bei den Zusammenkünften der Initiative Fuldaer Weg.

Als die gesetzlichen und ordnungsbehördlichen Bedingungen alle erfüllt waren, kam der nächste Schritt: Klaus-Dieter Stein holte sich Angebote über Mühlräder und

Wasserturbinen ein. Mit Mühlenbauer Schuhmann aus Bad Kissingen wurde ein erfahrener Mühlenbauer gewonnen, der vor Ort sehr sachkundig und mit einem guten Angebot für den Bau eines Mühlrades überzeugte. Er gab weitere wichtige Tipps und war auch beim Ortstermin mit der Oberen Wasserbehörde des Regierungspräsidiums Kassel dabei.

Eine weitere Hürde zur Realisierung des Projektes war die Errichtung einer Fischtreppe am Wehr der Fliede, denn erst dann könne der Bau des Wasserrades genehmigt werden. Wertvolle Unterstützung leistete nun die Stadt Fulda, die noch vor dem Wintereinbruch 2012 mit einer genauen Vermessung der Wehre und der Wasserhöhen die benötigten Grundlagen für die weiteren Planungen lieferte. Das Ergebnis der Messungen war eindeutig: Die Reaktivierung der Mühle in Ziegel ist möglich.

Der nächste große Schritt war die sichere Finanzierung des Projektes. Dazu mußten wieder viele Fragen geklärt werden: Wie hoch sind die genauen Kosten des Projektes? Wie viel Strom kann die Anlage erzeugen? Wie hoch werden die Einnahmen aus der Stromgewinnung sein? Wer kann ein solches Projekt unterstützen? Wer kann es realisieren?

Erste Gespräche mit der Stadt Fulda, mit der Region Fulda Süd-West, mit der damaligen ÜWAG liefen ins Leere. Aber Klaus-Dieter Stein gab nicht auf. Er stellte das Mühlenprojekt der Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Energie-Genossenschaft in Eichenzell vor. Die Verantwortlichen sind interessiert und sagen eine genauere Prüfung zu. Es gelingt ihm, einen ortsansässigen Facharchitekten zu gewinnen, der genau

Berechnungen und Planungen vornimmt. Schritt für Schritt schreitet das Projekt voran. Die RhönEnergie unterstützt nach einem Antrag von Klaus-Dieter Stein den Bau der Fischtreppe finanziell.

Veränderte Planungen für ein breiteres Mühlrad und einen größeren Generator zur besseren Stromausbeute lassen für die Energiegenossenschaft Eichenzell das Projekt wirtschaftlich erscheinen. Die Realisierung erfolgt unter der Federführung der Genossenschaft. Innerhalb weniger Tage ist die volle Investitionssumme durch die Energiegenossen aufgebracht, die erkannt haben, hier entsteht ein Baustein hin zu einer Energiewende für die Bürger durch die Bürger, und es ist auch noch eine lukrative Investition.

Die Ausschreibungen für die Bauarbeiten sind erfolgt, der Antrag auf Genehmigung ist eingereicht und so wird bald der erste Spatenstich für die Wassermühle in Ziegel erfolgen. Nach den Planungen wird sich das Mühlrad in Fulda-Ziegel im Oktober 2014 wieder drehen. Es liegt direkt am R2 neben dem Biergarten. Eine Radtour zum Biergarten mit Wasserrad wird ein lohnendes Ausflugsziel werden. Vielleicht wird diese Wassermühle dereinst als Steinmühle bekannt werden. Verdient hätte es der Initiator.

Mit dieser gelungenen Initiative wird Ziegel das erste 100%ige erneuerbare Energien-Dorf im Kreis Fulda sein und mehr noch: Ziegel wird das erste Plusenergie-Dorf im Kreis sein, der erste Ort der mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt als er verbraucht und den Rest ins öffentliche Netz einspeist. Hoffen wir, dass bald noch viele Plusenergie-Dörfer folgen werden.



Der Standort der Mühle in Ziegel (Foto: AGORA)

den Weg brachten.

Nach diesem ersten erfolgreichen Projekt waren die Aktiven des Fuldaer Weges auf der Suche nach weiteren sinnvollen Möglichkeiten für zukunftsweisende Schritte hin zur Energiewende in Fulda. Eine Information aus dem Umweltbericht

weiter und wissen, dass eine nachhaltige und wahrhaft zukunfts-fähige Energieversorgung am besten mit vielen kleinen dezentralen Anlagen und einem Mix aus verschiedenen Energieformen besteht. Kurz gesagt, der Vorschlag fand einhellige Zustimmung in der Gruppe



Vom Hoffnungsträger zum Sündenbock

Wie PR-Journalismus Schlagzeilen macht - von Dipl.-Ing. Tina Ternus (photovoltaikbüro)

Jeder, der schon längere Zeit in der PV-Branche ist, erinnert sich. Wurde man Mitte 2000 gefragt, was man beruflich macht, kam als Antwort „Super, das ist die Zukunft“. Die Stimmung war von Begeisterung geprägt und Aufbruch. Photovoltaik verkörperte das Mitmachprinzip.

Bis Ende 2009 unterstützten 95% der Bevölkerung einen verstärkten Ausbau der Erneuerbaren Energien und bis zu 85% die Förderung über das EEG. Die EEG-Umlage, die zugleich eine Art Indikator für die Akzeptanz der dezentralen Energieerzeugung darstellt, betrug etwas über einen Cent/kWh, bzw. entsprach einem Maß Bier im Monat.

2014: Die Dauerschlagzeilen der Zeitungen lauten seit geraumer Zeit: „Die Energiewende mittels EEG ist unbezahlbar“, „Überhöhte Subventionen an PV- und Wind-Abzocker lassen Strompreise explodieren zu Lasten des Geringverdieners“, „Das EEG muss abgeschafft werden“ oder auch „Eigenverbrauch ist unsolidarisch“. In Bäckereien liegen Unterschriftenlisten aus, die eine Abschaffung der EEG-Umlage fordern (Bild 1). Auf Familienfesten, Vereinssitzungen oder langen Zugfahrten kann man sich längeren Diskussionen sicher sein, sobald man seinen Beruf nennt. Die EEG-Umlage beträgt 6,24 Cent/kWh, bzw. 218 Euro Mehrbelastung im Jahr für einen Durchschnittshaushalt.

Der Sündenbock scheint schnell gefunden. Übersubventionierte Solar-Wind- und Biogasanlagenbetreiber! Doch so einfach ist es nicht. Auch wenn es als Dauermantra ununterbrochen verbreitet wird: Es stimmt nicht, wie nachfolgend aufgezeigt.

2008/2009 häuften sich erstaunlicherweise trotz eindeutig gültigen, bestehenden Atomausstiegsvertrages folgende Zeitungsmeldungen, Studien und Expertenmeinungen: „Ohne Kernenergie kein Klimaschutz!“, „Ohne Kernenergie keine Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Strompreise“, sowie „Kernenergie ist die unverzichtbare Brückentechnologie für den Einstieg in das Erneuerbare Energien Zeitalter“. Der weitere Verlauf ist bekannt. Die Debatte verstärkte sich und gipfelte August 2010 in einer flächendeckenden, ganzseitigen Anzeigenkampagne von 40 Managern. Der Parlamentsbeschluss zur Laufzeitverlängerung – ein Milliarden Geschenk an die Atomwirtschaft – folgte bereits im Oktober 2010. Er bestünde immer noch, wenn nicht Fukushima und eine aufgebrauchte Bevölkerung dazwischen gekommen wäre.

Der EEG-Coup hinter den Kulissen: Wie mache ich aus einer Mücke einen Elefanten?

Gleichzeitig gab es zur Berechnung der EEG-Umlage eine entscheidende Änderung, die – von der Öffentlichkeit unbemerkt – beschlossen und umgesetzt wurde.

Bis 2009 verkaufte jeder Stromlieferant – vom großen Versorger bis zum kleinen kommunalen Stadtwerk – eine definierte EEG-Strommenge (EEG-Quote) in seinem jeweiligen Strom-Portfolio zu regulärem Preis mit. Die regional unterschiedlich auftretenden EEG-Strommengen der Einspeiser wurden hochgewälzt an die Übertragungsnetzbetreiber ÜNB (EVU

-> VNB -> ÜNB), dort gesammelt und wieder gleichmäßig an alle EVUs zurück gewälzt. Jeder Stromlieferant erhielt den gleichen Anteil EEG-Strom von den ÜNB in Form einer Bandlieferung mit einer monatlich neu festgesetzten Quote und bezahlte pro Kilowattstunde dafür die EEG-Durchschnittsvergütung. Diese wurde ebenfalls regelmäßig definiert und glich die regional unterschiedlichen EEG-Vergütungskosten aus. Die verbleibenden Mehrkosten der EEG-Durchschnittsvergütung zu den EVU-spezifischen durchschnittlichen Strombeschaffungskosten wurden als EEG-Umlage nach folgender Formel auf die Stromverbraucher umgelegt:

$$\text{Differenzkosten} = \text{EEG-Durchschnittsvergütung} - \text{durchschnittliche Strombezugskosten}$$

$$\text{EEG-Umlage} = \text{EEG-Quote} \times \text{Differenzkosten}$$

te bereits 2009 vor einer stark steigenden EEG-Umlage: „Neuer EEG-Ausgleichsmechanismus kann den Ausbau der Erneuerbaren Energien gefährden!“

Wie recht er behielt. Die Entwicklung der reinen Förderkosten der Anlagenbetreiber, die den Originalzahlen der ÜNB anhand des im Netz veröffentlichten EEG-Kontos entnommen werden können, wurde vollständig entkoppelt von der Entwicklung der EEG-Umlage. Konkret hat sich die EEG-Umlage seit Beschluss der neuen Berechnungsmethode ab 2009 verfünffacht, während sich die umlagefinanzierten, reinen Förderkosten der Anlagenbetreiber im gleichen Zeitraum trotz zeitweise starken Solarbooms nicht einmal verdoppelt haben.

Welche Änderung brachte die neue Verordnung mit sich? (Die Änderungen im Detail entnehmen Sie bitte dem vollständigen Artikel. Link dazu siehe unten Anm. d. R.)

EEG-Umlage – zugleich ein Indikator der Akzeptanz für eine Energieerzeugung in Bürgerhand – explodiert. Persönliche Erkenntnis

In den Berichterstattungen zur EEG-Umlage fiel das große Ungleichgewicht auf und es wunderte einen, dass es nicht einen Artikel gab, der die neue Verordnung und Berechnungsmethode der EEG-Umlage erläuterte. Von dieser folgenreichen Änderung informiert, der Hinweis kam im Frühjahr 2010 von einem Energiefachmann, begann ich mich näher damit zu beschäftigen. Durch paralleles Vergleichen der Originalzahlen der Übertragungsnetzbetreiber und der Berichterstattungen zum Thema EEG unter Berücksichtigung von Berichten und Studien, auf die verwiesen wurde fiel auf, dass die Faktenlage regelrecht konträr war. Offensichtlich waren die Berichterstattungen schlecht recherchiert, unvollständig wie auch auffallend

zu Erdgas- und Heizölpreisen keine Dauerschlagzeilen?

Als Ingenieurin und Energiewirtin ist mir die Methodik naturwissenschaftlichen Arbeitens vertraut: Beobachten, Sammeln, Ordnen, Zusammenhänge erkennen, Recherchieren, Hypothesen aufstellen, Zusammenhänge verifizieren oder falsifizieren. Mit dieser Herangehensweise bin ich auch an die mir aufgefallene starke Einseitigkeit der Schlagzeilen herangegangen, die nach Vergleich von Zeitungsberichten mit Originalzahlen- und Dokumenten immer offensichtlicher wurde.

Beobachten: negative Schlagzeilen zu PV, Strompreis und EEG reißen nicht ab im Gegensatz zu anderen langanhaltenden Schlagzeilen oder Themen in den Medien

Sammeln: kontinuierlich über Monate und Jahre Schlagzeilen zu EEG/PV/Energiewende gesammelt
Ordnen: Schlagzeilen sind sehr einseitig, bzw. unvollständig (AusglMeChV fehlt völlig)

Zusammenhänge erkennen, Hypothese: Einseitigkeit kein Zufall?

Recherchieren: wie kommen Schlagzeilen in die Zeitungen? Hat sich Journalismus verändert? Internetrecherche; Gespräche mit Journalisten

Zusammenhänge verifizieren oder falsifizieren:

Ergebnis 1:

Die Zeitungsbranche befindet sich seit der Einführung des Internets in einer Strukturkrise. Viele Zeitungen sind in ökonomischen Schwierigkeiten. Einsparungen prägen die Branche, Auflagen gehen zurück, Pleiten oder Übernahmen häufen sich.

Ergebnis 2:

Während in der Zeitungsbranche seit Jahren Arbeitsplätze verloren gehen, boomt Public Relation. Viele Journalisten haben in die PR-Branche gewechselt. Es gibt neue Berufe der Kommunikation, wie z.B. public-affairs als Dienstleister für Unternehmen oder Verbände. So heißt es beispielsweise unmissverständlich in einer PR-Imagebroschüre einer dieser zahlreichen Agenturen: „Um Deutungsheftigkeit beim Kundenthema zu erreichen, gilt es den Prozess so zu strukturieren, dass ausgesuchte kommunikative Pflöcke mit dem richtigen Timing eingeschlagen werden“. In der gleichen Broschüre steht ergänzend zur Beschreibung des Leistungsspektrums: „Studien und Umfragen können diese Arbeit unterstützen“.

Ergebnis 3:

Trend: Zeit- und kostenintensiver Recherchejournalismus weicht zugunsten PR-Journalismus

Erschienen in der SONNENENERGIE, Fachzeitschrift für Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energiewende.

Mitglied werden und die SONNENENERGIE regelmäßig beziehen können Sie hier:

www.sonnenenergie.de/index.php?id=27

Vollständiger Artikel aus der Ausgabe 2014/3: <http://goo.gl/VNXOLF> und auch auf www.agora-fulda.de



Solarpark-Impressionen (Foto: AGORA)

Von der EEG-Umlage ausgenommen waren nur wenige energieintensive Betriebe. Die Entwicklung der EEG-Umlage entsprach in ihrem Verlauf bis 2009 der Entwicklung der tatsächlichen EEG-Kosten und stieg nur moderat gemäß des Zubaus.

Die beiden Lobbyverbände BDEW und BNE setzten sich bereits länger vehement für eine „Reform des Ausgleichsmechanismus“ ein und forcierten dies. Am 2. Juli 2009 kam es zu einem Beschluss im Bundestag durch CDU/CSU, SPD und FDP.

Die Folgen dieses Beschlusses waren fatal für die Verbraucher, wurden aber in der Öffentlichkeit bis zum heutigen Tag überhaupt nicht wahrgenommen oder diskutiert. Selbst die existentiell betroffene EE-Branche reagierte nicht. Lediglich Professor Jarras 1) warn-

Nicht eine angeblich maßlose Übersubventionierung der Anlagenbetreiber (= Ausgabenblock), wie täglich in Print, Fernsehen, Radio zu hören ist, lässt die EEG-Umlage so stark steigen, sondern vor allem ein politisch beschlossener Systemfehler. Erneuerbare Energien wurde ein System übergestülpt, das auf konventionelle Energieträger ausgerichtet ist, an denen Erneuerbare Energien (keine Brennstoff, keine CO2-Kosten) per se wertlos sind und verramscht werden müssen. Die entstehende große Deckungslücke aufgrund eines Refinanzierungsinstruments, das von vorne herein nicht funktionieren kann, wird durch den Merit-Order-Effekt immer größer und muss gemäß neuem Ausgleichsmechanismus vom Verbraucher in Form der EEG-Umlage ausgeglichen werden. Die

einseitig. Gleichzeitig fiel auf, dass andere langanhaltende Schlagzeilen wie Sarrazin, Massenpanik Loveparade, EHEC, Wulff, Gauck ... alle jeweils nur eine begrenzte Lebensdauer hatten, egal wie lang sie vorher thematisiert wurden.

Eine Schlagzeile scheint aber nie zu enden. Sie wurde seit 2010 zum Dauerbrenner und riss bis heute nicht ab (abgesehen von einer kurzen Pause nach Fukushima): „Übersubventionierung von Solar- und Windanlagen lässt Strompreise explodieren zu Lasten des Geringverdieners. EEG-Umlagen-Explosion erfordert EEG-Reform“.

Warum war bei dem Stichwort Energiearmut stets vom Strompreis die Rede, obwohl die Erdgaspreise und erst recht die Heizölpreise, seit 1998 unvergleichlich stärker gestiegen waren und warum gab es

Der Stadtverkehr bewegt - nicht nur auf den Straßen sondern auch die Gemüter. Uns erreichte ein Beitrag von Wolfgang Hautumm, der zu den Ampeln der Stadt ein besonderes Verhältnis hat. Und Stefanie Krecek berichtet uns vom ersten Fuldaer Verkehrswendetreffen, nach dessen Besuch sie nicht mehr warten, sondern lieber starten wollte, und sich deshalb über die erste Critical Mass in Fulda freute.

Verkehrswende Fulda

Ein Bericht über das Initiativtreffen am 13. Mai 2014 und seine Folgen von Stefanie Krecek

Dem Kampfradler Don Quichote aus der 2. Ausgabe der Agora möchte ich mich anschließen. Auch ich habe meinen Kampf als Radfahrer, fahre jeden Tag zur Arbeit und wieder zurück, werde ca. 2x/ Woche fast überfahren, habe meinen Ärger mit den Bussen, LKWs, PKWs, Fußgängern. Ich fahre fast alle Wege mit dem Rad oder nutze mein privates Carsharing für längere Strecken.

Fulda ist fahrradunfreundlich (Städteranking im Fahrradklimatest Rang 222 von 252 Städten). Und da mich diese Unachtsamkeit Fuldas maßlos aufregt, freute ich mich über die Ankündigung der Veranstaltung „Verkehrswende Fulda“. Denn da wird jetzt was bewegt, dachte ich mir und ging hin. Ich war neugierig wie viele engagierte Menschen zusammen kommen würden.

Es waren ca. 35 - engagierte Privatpersonen, Mitglieder von Organisationen (z. B. Pro Bahn und Bus, ADFC, VCD, Attac, LKW Wahnsinn) und Parteien (Ortsbeirat SPD, Mitglieder des Kreisverbandes Grüne u. Stadtverordnete, ein Mitglied des Stadtparlaments Linke/Offene Liste und Mitglieder der Bunten Liste Schlitz), ein Vertreter des AstA und eine Professorin der Hochschule Fulda.

Zu Beginn stellte die Organisationsgruppe ihre Vision vor: Eine aktive Verkehrspolitik, ein sinnvoller Ausbau des ÖPNV als Alternative zum PKW- Verkehr, mehr entspanntes, sicheres, schnelles Radfahren in Fulda, durchgängige

Fußgängerzonen ohne Stopps und Hindernisse, mehr verkehrsberuhigte Straßen. Anders ausgedrückt: Die Stärkung leiser, sauberer, ökologischer und sozial gerechter Verkehrsarten in Fulda.

Davon ist Fulda noch ein gutes Stück entfernt. Hier dominiert der Autoverkehr, die Nahverkehrsverbindungen sind vor allem für Jugendliche am Wochenende und nach 22 Uhr wenig attraktiv, das Radverkehrsnetz ist schlecht und die allgemeine Akzeptanz fürs Radfahren mangelhaft.

*SUV: Sport Utility Vehicle, großer vierradgetriebener Geländewagen, der aus Amerika zu uns rüber geschwabbt ist; XXXL PKW, für den unsere Straßen zu eng, die Parkhäuser zu niedrig, die Parkplätze zu kurz, der Benzinverbrauch zu hoch und manch FahrerInnen nicht intelligent genug zu sein scheinen

*Critical Mass: „spontane“ gemeinsame Radtour einer geschlossenen Gruppe durch die City, Kreuzungen und Ampeln dürfen am Stück überquert werden, Sinn: durch die Masse an Teilnehmern auf Radfahrer als Teil des innerstädtischen Verkehrs aufmerksam machen

Gute Konzepte aus anderen Städten existieren bereits. Das Hauptziel der Fuldaer Initiative könnte daher sein, für einen Stimmungswandel zu sorgen, damit bestehende Ideen und Konzepte auch umgesetzt werden können. „Es bringt nichts, neue Konzepte und Ideen zu entwickeln, wenn der Wille zur Umsetzung fehlt.“ Geschäftsleute in der Innenstadt befürchteten z.B. Umsatzeinbußen durch Ein-

schränkung des Autoverkehrs. Allerdings könnte auch die Gewerbeansiedlung auf der grünen Wiese für eine solche Umsatzeinbuße verantwortlich sein, die eine attraktive, verkehrsarme Innenstadt womöglich gar ausgleichen würde.

In der Betrachtung der vier große Themen ÖPNV, motorisierter Individualverkehr, Radverkehr und FußgängerInnen wurden zig Ideen gesammelt, vor allem aber wurde sehr viel diskutiert.

Zu einer Übereinstimmung, vor allem zu konkreten Zielen und Aktionen, kam man aber noch nicht, und ein weiteres Treffen wurde für Juni einberufen. Ich ging nach Hause. Unterwegs begegnete mir einige SUV*s, kein Radfahrer, einige Fußgänger. Am Busbahnhof war tote Hose, es war auch bereits 22 Uhr vorbei. In mir gärte ein Plan. Ein wenig wütend ob dem ganzen Gerede, setzte ich mich an meinen Computer, kontaktete einen Freund mit der Frage: „Wie lange dauert es eine Critical Mass* in Fulda zu organisieren? Die Antwort kam prompt: „Zwei Tage...“ Seitdem gibt es auch in Fulda eine Critical Mass. Sie trifft sich jeden letzten Dienstag im Monat, 18 Uhr am Domplatz, zufällig natürlich und radelt kreuz und quer durch Fulda. Das letzte mal wurden wir von der Polizei eskortiert, damit uns nichts passiert.... Ich fühle mich seitdem viel großstädtischer.

Für mehr Ampeln in Fulda

von Dr. Wolfgang Hautumm

Nun ist es wieder passiert: ein Liniensbus übersieht am 25. Mai 2014 auf der Kreuzung Bardo-Straße - Sickelser-Straße in der Nähe der Feuerwache die Vorfahrt eines Motorrollers und es kommt zum Unfall. Zwei Schwerverletzte werden ins Krankenhaus eingeliefert, der Busfahrer erleidet einen Schock, der Motorroller ist Schrott-. Keine zwei Wochen später lese ich in der Lokalpresse, es wird auf dieser Kreuzung in Kürze eine Ampel installiert werden. Welch wunderbare Idee!

Obwohl längst festgestellt wurde, dass das Gefahrenpotential an Lichtenanlagen wegen der gefühlten „Scheinsicherheit“ größer ist als an Kreiseln oder offenen Kreuzungen. Und bitte bloß nicht in der Taktung mit anderen Ampel abstimmen! Und bitte nicht nachts oder an Sonn- und Feiertagen abschalten! Und bitte nicht auf die Idee kommen, ein Kreisell wäre vielleicht besser! Ach so, diese Idee ist schon verworfen worden, ein Kreisell macht angeblich zu hohe Folgekosten. Ich habe zwar keine Vorstellung, was das für Kosten sein sollen, aber die Verkehrsplaner werden es schon wissen. Sicher ist dagegen, dass die Installation und die Unterhaltung einer Ampel auch ein stattliches Sümmchen kostet.

Fulda hat die meisten Ampeln pro Fläche in Deutschland, habe ich gelesen. Und gut, dass man sie nicht aufeinander abstimmt! Der Ver-

kehr würde sonst ja vielleicht flüssiger rollen... Wer die Petersberger Straße befährt, weiß was ich meine; oder die Leipziger Straße; oder wer durch die Innenstadt will. Wer zu den Stoßzeiten - zwischen 7.00 und 8.30 Uhr bzw. zwischen 15.30 und 17.30 Uhr - die Stadt meiden kann, darf sich glücklich schätzen. Hier steht man nämlich mehr im Stau, als dass man fährt.

In Holland werden seit Jahren fast nur noch Kreisell gebaut und der Verkehr fließt. Es gibt auch Modellversuche, z.B. in der Gemeinde Bohme in Norddeutschland, Ampeln und Verkehrsschilder in Städten ganz abzubauen (s. den Bericht in der ZEIT online vom 11.6.2010). Mit erstaunlichem Erfolg. Die Verkehrsteilnehmer achten mehr aufeinander, sind rücksichtsvoller, Unfälle nehmen ab. Bitte, liebe Fuldaer Verkehrsplaner: schaut doch mal über den Tellerrand, denkt doch mal etwas umfassender nach. Und schreit nicht immer gleich nach einer weiteren Ampel.

Irgendwie kann ich auch den Gedanken nicht loswerden, dass der Ampelbau vielleicht noch andere Gründe haben könnte. Gibt's vielleicht Geld dafür? Sind irgendwelche Lobbyisten am Werk gewesen? Braucht man z.B. unbedingt eine Ampel, wenn man in Fulda-Mitte auf die Autobahn auffahren will? Hätte es da nicht auch ein Vorfahrtsschild getan? Warum hat man keinen Kreisell gebaut an der

Ecke Künzeller-Straße -Emaillierwerk? Aber nein, dass beim Fuldaer Ampelbau nicht alles mit rechten Dingen zugeht, so was darf man doch nicht denken, ohne Beweise... Schade, dass es in Fulda seit Bonifatius keine relevante Opposition im Stadtparlament gegeben hat, die das mal recherchieren könnte.

PS: Es gibt noch so viele Kreuzungen in Fulda ohne Ampeln. Wie wäre es denn mit Ampeln an der Neuenberger-Straße - Ecke Andreasberg, oder Neuenberger-Straße - Ecke An St. Florian, oder Neuenberger-Straße - Ecke Johannis-Straße, oder auf der Haimbacher-Straße, da kann man ja bisher noch so flüssig durchfahren. Oder vielleicht auf Buttlar-Straße - Ecke Gerloser-Weg, eine ganz gefährliche Kreuzung! und und und...

Also, liebe Ampelfreaks, wenn Euch die Ideen und Argumente ausgehen, fragt mich, ich wüsste noch was, wie der Verkehr in Fulda ganz zum Erliegen gebracht werden kann. Wenn sich die Elektroautos irgendwann durchgesetzt haben werden, wird es die Luft ja auch nicht mehr verschmutzen, wenn wir an den Ampeln warten müssen. Nehmt dann einfach die AGORA mit, wenn ihr zur Arbeit fahrt, die ist dann ausgelesen, wenn ihr ankommt.

Was man alles machen könnte:
(Ausschnitt aus den Ideensammlung vom 13. Mai)

kostenloser Busverkehr in der Innenstadt; kostenlose Leihräder; eine ÖPNV- Mobilitätsgarantie; Tempo 30 in der Innenstadt; eine Lobby für Bus, Bahn und Fahrrad schaffen; dafür sorgen, dass Bürgerbeteiligung ernst genommen wird; Vernetzung organisieren; Aufenthaltsqualität der Innenstadt stärken; Erfahrungen aus anderen Städten sammeln; Zeittakte der Busse verbessern; die Bahn vor Bus-Parallelverkehr schützen; Lärmdämmung an Bahngleisen wegen der lauten Güterzüge; Taktverkehr von 5 bis 1 Uhr; das Umland an Fulda anschließen, auch nach 22 Uhr durch Rufbusssysteme; Anruf-Linien-Taxis; Anruf-Sammeltaxen; Nachtbuslinien; Aktionstage mit kostenloser Benutzung des ÖPNV; Carsharing; LKW-Verkehr reduzieren oder umleiten; eine SUV*-freie Stadt; ein strengeres Ordnungssamt; mehrspurige Straßen einspurig machen; sinnvoll eingebundene Radwege; mehr (überdachte) Fahrradständer; Radmitnahme in Bussen erleichtern; kritische Verkehrspunkte kennzeichnen; Radfahrerfest mit Sternfahrt; reine FußgängerInnenzone in der Friedrichstraße und im mittleren Teil der Bahnhofstraße; seniorengerechter Verkehr; mehr Grünzeiten für FußgängerInnen und Radelnde.

Wer mitdenken und mitmachen will: nächstes Treffen 26.08., 20 Uhr. Der Ort steht noch nicht fest, Sie finden ihn, sobald bekannt, unter www.agora-fulda.de

Shared space [schärd spä:s]

Eine nicht mehr ganz neue Straßenraum-Philosophie

Keine Ampeln, keine Geschwindigkeitsbegrenzungen, keine Schilder. Einzige Regel: Rechts vor Links. Die Straße ist für alle da, es gibt keine getrennten Bereiche für Autos, Fahrräder, Fußgänger - der gemeinsame Raum wird geteilt.

Der niederländische Verkehrsplaner Hans Mondermann hat dieses Konzept schon vor 30 Jahren entwickelt - und erprobt. Und siehe da, das Ergebnis war nicht das totale Chaos, sondern eine sinkende Zahl von Unfällen.

Selbst überrascht erklärte Mondermann den Erfolg seiner Idee in einem Interview rückblickend so: „Wer sich absolut sicher und total im Recht fühlt, nimmt sich nicht in Acht. Mehr Selbstverantwortung stärkt die Aufmerksamkeit. Sonst glaubt jeder, in seinem Revier der König zu sein.“ Hans Mondermann verstarb 2008, konnte aber noch erleben, wie seine Idee, zunächst misstrauisch betrachtet und belächelt, mehr und mehr in der städtischen Verkehrsplanungsrealität ankam.

Der britische Architekt Ben Hamilton Bailie ist aktuell einer der prominentesten und progressivsten Vertreter des Shared Space und an Verkehrsprojekten in Großbritannien, Belgien, Dänemark und Deutschland beteiligt.

In Deutschland informiert das Netzwerk Shared Space, ein Zusammenschluss von Kommunen, Planer/innen und weiteren Interessierten über laufende Projekte und bietet Kommunen Anregungen, wie die vielfachen Nutzungsansprüche an den öffentlichen Verkehrsraum gut zu vereinen sind.

Ob von den hiesigen Verkehrsplanern bewusst gesteuert oder eher

in Kauf genommen - an einigen Stellen Fuldas gibt es diesen geteilten Raum schon: Das Fahren mit dem Fahrrad ist in fast allen Teilen der Fußgängerzone explizit erlaubt, ebenso wie das Befahren mancher Einbahnstraßen, z.B. der Friedrichstraße entgegen der Fahrtrichtung. Und der Übergang am unteren Ende der Bahnhofstraße auf den Uniplatz entwickelt sich scheinbar von selbst zum freien Verkehrsraum. Während man sich unmittelbar gegenüber den beiden Fußgängerampeln links und rechts des eigentlichen Übergangs erst nach Erlaubnis durch das grüne Licht und vor allem unabhängig vom tatsächlichen Verkehrsaufkommen in Bewegung setzt, gelingt im mehr oder weniger orientierungslosen Raum dazwischen die Überquerung auf eigene Verantwortung bisher ohne besondere Vorkommnisse.

Mondermanns Einschätzung bestätigt sich hier:

„Die Leute wissen nicht mehr genau, was sie tun müssen, was ich auch beabsichtigt hatte. Denn nun suchen sie Augenkontakt. Und sobald der da ist, gibt es eigentlich keine Probleme mehr, weil Augenkontakt nur bei niedriger Geschwindigkeit möglich ist. Und wenn man einander in die Augen blickt, dann kann eigentlich nichts mehr schief gehen.“

Und wer weiß - der eine oder andere Blickkontakt führt vielleicht noch zu viel mehr.

Mehr Infos u.a. hier:

<http://www.netzwerk-sharedspace.de/>
http://www.zeit.de/zeit-wissen/2005/05/Verkehrsberuhigung_NEU.xml



Hier fehlt noch eine Ampel (Foto: AGORA)

Der Fulder und seine Stadt

Föllsch Foll (hochdeutsch: fuldisches Fulda) - von Günter O. Pfeffer

Wahr oder unwahr?

Die Vegetarier in Fulda haben einen Metzger zum Vorsitzenden. Im Karnevalsverein haben sich die Beerdigungsunternehmer organisiert. Messdiener im Dom können nur Atheisten werden. Der Vorsitzende des Denkmalbeirates ist freischaffender Architekt des modernen Hochbaus.

Wer das Ratespiel gelöst hat, wird verstehen, warum in Fulda – ausgenommen die historischen Prachtbauten im sogenannten Barockviertel – Jahr um Jahr altehrwürdige Baudenkmäler verschwinden oder „modernisiert“, verschandelt werden. Dabei ist die Vorgehensweise immer ähnlich. Über Jahre werden die Gebäude dem Verfall preisgegeben. Dann, wenn „es sich nicht mehr lohnt“, oder der Einsturz droht, wird abgerissen und neu gebaut. Und die Stadt spielt in der Regel mit, mit der Totschlagargumentation: jetzt ist ja eh nichts mehr zu machen. Siehe Langebrückenstraße 14. Weitere in Vorbereitung befindliche, klammheimlich und doch vor aller Augen stattfindende Verfahren laufen ebenfalls in dieser Straße ab. Drei sogenannte Fünffensterhäuser stehen seit Jahren leer und brechen demnächst zusammen.

Wären in dieser Stadt nicht eine handvoll (vielleicht auch zwei) Eigentümer, die an ihrer liebevoll in Schuss gehaltenen „Bude“ hängen, das Stadtbild rings um den touristisch vermarkteten Barockteil wäre längst nicht mehr wiederzuerkennen. Wenn man nach längerer Abwesenheit wieder in die schöne alte Stadt zurückkäme, müsste man feststellen – wie jetzt schon in den Randbezirken – das Stadtbild gleicht dem anderer deutscher oder europäischer Trabantenstädte. In immer neuen Anfällen von Modernisierungswut und Gewinntrieb, kommt eine Vereinheitlichung zustande, die in mir Abscheu erzeugt. Die Einfallslosigkeit liefert sich erbitterte Konkurrenzkämpfe in ganz Deutschland.

Als „Fremer“, Eingewanderter, wenn auch aus dem Landkreis, habe ich ja eigentlich kein Recht, die Fuldaer oder Doppelfuldaer, zu kritisieren. Aber in beinahe vierzigjähriger Anwesenheit in dieser „City“ ist mir besonders das Alte, Krumme, Unverwechselbare, hier und da etwas Heruntergekommene ans Herz gewachsen. Viele Ecken und Kanten wecken Erinnerungen. Geschichten kommen hoch und auch, wenn ich das Wort eigentlich nicht mag, ein Gefühl von Heimat entsteht.

Ich durfte den ebenfalls diese Stadt liebenden Ludwig Müller noch kennenlernen. In immer neuen Aufsätzen in der Fuldaer Zeitung und in spannenden Erzählungen beim persönlichen Gespräch hat er mich neugierig gemacht und mein Engagement für Fulda geweckt. Ich gebe zu: ein viel geringeres als das seine. Der Verlag Parzeller hat seine Schriften mit vielen historischen Fotos als Buch herausgegeben: „Fulda – wie es einmal war“. Ludwig hat den Fuldaern oft „die Leviten gelesen“ – auf Seite 31 ist zu lesen: „Es war nur das Geburtshaus des einzigen Fuldaer Dichters Heinrich König, und als man es 1974 in aller Stille abriß und die Stadtmauer kürzte, da vollendete sich gewissermaßen der letzte Akt eines Trauerspiels, das so nur in Fulda geschrieben werden konnte. Das Geburtshaus war eines der seltenen Arbeiterhäuschen mit einem ‚Atrium‘, in dem

wohl die Ziege ihren Platz hatte und das uns heute, wie sonst nirgendwo, die Lebensweise armer Bürger im eigenen Heim am Ende des 18. Jahrhunderts hätte zeigen können.“ Geholfen hat's wenig. Seit seinem Tod ist der Trend unverändert vorangeschritten. Vieles von dem, was

dig in Stand gehalten und wie das sonntägliche Gewand gehütet, mit permanentem Facelifting präsentiert.

Insofern verhält sich Fulda wie ein Zuhälter, der seine Großmutter auf den Strich schickt, sich aber sonst nicht um sie kümmert, Hauptsache



Diese Gebäude sind ein Trauerspiel, als nächstes das Stadtschloss? (Fotos: AGORA, Jens Brehl CC BY-NC-SA 4.0)

den Krieg überstand, wurde den Baggern „zum Fraß vorgeworfen“. Diese Tendenz hat Ludwig erkannt und benannt. Nur touristisch interessante, verwertbare Bauten gelten als erhaltenswert, werden gehätschelt und als einzige aufwän-

sie bringt Moneten nach Hause. Gewiß ist meine Aussage überzeugend. Alle Vergleiche hinken, weiß ich. Wie oben schon erwähnt, gibt es auch positive Beispiele. Aber wer heute oder morgen durch „sein Fulda“ geht und der Großmutter auch

mal „unter den Rock“ schaut, also in die Hinterhöfe, die Unterstadt usw., der wird mit Erschrecken feststellen, dass der schleichende Verfall weitergeht, die charakterlose Modernisierung nach der Devise „Gewinn und sonst nichts“ voranschreitet. Die Investoren haben das Sagen, sobald sie mit dicken Geldbündeln winken. Da setzen sich die Entscheidungsträger über vieles, mitunter ihre eigenen früheren Vorgaben hinweg und machen sich hier und da sogar lächerlich in ihrer Modernisierungswut und Investitionsgeilheit (siehe Adecco-Projekt). Ursache dürfte aber vor allem die Gleichgültigkeit und Unwissenheit vieler „Eingeborener“ sein. Wie viele Kästen à la Karstadt, Üwag, Genossenschaftsbank, H&M, Al Hami usw. wollt ihr euch noch gefallen lassen? Wie lange lasst ihr „Fölsche“ die Investoren und ihre Helfer noch mit der Botoxbetonspritze durch die Stadt geistern? Wie viele dieser Büro- und Verkaufsbatterien mit den toten Augen vertragt ihr noch? Die Abzocker wollen euch etwas von Einkaufserlebnis eintrichtern und ihr macht mit, als gäbe es sonst nichts an lebenswerten Möglichkeiten in dieser altehrwürdigen Stadt. In vielen Gesprächen stelle ich weitere Ursachen fest. Das Wissen der Bewohner über ihr Fulda ist meistens sehr oberflächlich. Ich als Immigrant aus dem Umland fühle mich oft besser informiert. Gefühlsmäßig bin ich wohl sowieso allein auf weiter Flur. Trauer und Wut über den Verlust der lieb gewonnenen Häuser und Gassen entwickeln scheinbar nur ich und eine Minderheit. Wo bleibt der Respekt gegenüber der Handwerkskunst, dem Fleiß früherer Generationen? Den Jetzt-Fuldaern scheint in diesem Bereich das Konservative abzugehen. Schade! Denn „diese Alte“ hat es verdient, das man sie mit Ehrfurcht in die nächsten Jahrhunderte begleitet.

In dieser emotionalen Stimmung lasse ich mir auch gerne eine historisch verklärende Gesinnung unterstellen. Aber entwickelt die nicht jeder, der durch die alten Städte wie Prag, Paris, Rot(h)enburg (Tauber und Fulda), Hannoversch Münden, Arles, Amsterdam, Kopenhagen usw. „lustwandelt“? Heimgekehrt fällt uns nicht auf, dass schon wieder einige Stücke aus Fuldas „guter Stube“ zur Disposition stehen. Warum toben sich die Geldsäcke nicht am Stadtrand aus? Auf dem Aschenberg oder neben den Kaiserwiesen und wer weiß wo noch überall ist doch Platz genug für Beton, Stahl und Glas.

Jetzt höre ich schon das Argument: Investitionen schaffen notwendige Arbeitsplätze. Stimmt! Doch bin ich der Meinung, dass gut praktizierter Denkmalschutz gleich mehrfach lohnt. Er sichert Arbeitsplätze im Bereich der Bauwirtschaft und als Folge des charakteristischen und einmaligen Stadtbildes ebenso in der sogenannten Tourismusindustrie.

Wann also, ihr Fuldaer wollt ihr „eusch e ma rischdisch uffresche“? und „äbbes mach gesche die säuerei“?

Isch jedenfalls wär debai!

Moin.

Ein Offener Brief

Guten Tag, Herr Greve!

Die Fuldaer Zeitung vom 10. Juli informiert uns bezüglich des Löherators, dass es nichts zu informieren gibt, weil Sie, so die Autorin, noch keinen „potenten Mieter“ gefunden haben. Das verstehe ich und darüber hinaus meine ich sogar den Grund dafür zu verstehen: Diesen ominösen Mieter von der Potenz eines sogenannten „Ankermieters“, also etwa H&M (haben wir schon), Starbucks (muss das sein?), Primark (bitte nicht auch noch!) oder Toom (wer genau braucht den?) gibt es möglicherweise gar nicht! Und zwar deswegen, weil wir hier mit vergleichbaren „Konsumparadiesen“ bereits derart überfüttert sind, dass es einen – je nach Temperament – anödet, mit den Schultern zucken oder ratlos zurück lässt. Und das z.T. auch noch konzentriert in eben solchen Einkaufszentren wie Sie eines planen. Wen wundert's also, dass Toom und Konsorten da nicht „Schlange stehen“ – die Herren können schließlich rechnen. Und das darf man bei Ihnen als gestandener Hamburger Kaufmann gewiss auch voraussetzen! Vielleicht ist es ja nur so, dass die Rechnung von, sagen wir, 2008 und ganz sicher die von 1984 heute nicht mehr aufgeht, weil sich die Fakt(or)en mittlerweile dramatisch geändert haben. Und, mal ganz unter uns, wenn ich mich an die 2011 veröffentlichten virtuellen Bilder des von der MFI geplanten Zentrums erinnere, bin ich heilfroh, dass uns diese monströse Scheußlichkeit mitten in der schönen Stadt Fulda erspart geblieben ist: Oder wollten Sie vielleicht gerne in unmittelbarer Nachbarschaft zu so einem isolierten Klotz mit keinerlei architektonischer Beziehung zur gewachsenen Bebauung der Umgebung leben? Na also!

Und jetzt mache ich Ihnen noch einen Vorschlag, der vielleicht nicht unbedingt neu, dafür aber brandaktuell ist: In Fulda fehlt es an Wohnungen, in der Innenstadt sowieso. Für den „kleinen Mann“ bezahlbare wären super, aber wenn mit schicken Eigentumswohnungen mehr zu verdienen ist, meinestwegen auch diese – schließlich werden bei Bezug dafür ja andere wieder frei... Würden Sie solche bauen, in einem angemessenen urbanen Stil, d.h. korrespondierend mit den bereits bestehenden baulichen Gegebenheiten, also offen in Richtung Innenstadt nach der einen und in Richtung Fulda-Auen nach der anderen Seite, garniert mit viel Grün und kleinen, aber feinen Geschäften und solchen des täglichen Bedarfs wie Bäcker (nein, kein Backshop!), Milch- und Käseläden und einem echten Schuster u.ä., dann werden Ihnen die Fuldaer Bürger vielleicht einmal ein Denkmal setzen als einem Wohltäter der Stadt und Sie könnten obendrein mehr dabei verdienen als mit einer gigantischen „Shopping-Mall“, die nicht gebaut wird.

„Träumen wird man ja noch dürfen“ denkt sich mit freundlichen Grüßen,

Ihr Wolfgang Klose

P.S.: Sollten Sie obigem Vorschlag etwas abgewinnen können, so können Sie bei Ihren Bemühungen um die Umsetzung auch gegenüber der hiesigen Politik ganz sicher auf die Unterstützung vieler Menschen, mithin sogar einer Mehrheit der Fuldaer Bürger rechnen.



So kann Eichenzell bald aussehen. Es werden deutliche Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer erwartet. (Foto: AGORA)

Braunkohlevorkommen - Sensationsfund in Eichenzell!

von unserer freien Mitarbeiterin Ines Korlev

Es ist eine Sensation. Jahrhunderte lang schon lag kurz unter der Oberfläche der Gemeinde Eichenzell ein riesiges Braunkohlefeld.

Mit dem Abbau soll jetzt zügig begonnen werden. Windkraftgegner freuen sich, denn die bis Ende nächsten Jahres aufgestellten Windräder werden im Zuge der anstehenden Zwangsumsiedlungen im Folgejahr schon wieder platt gemacht.

„Wir dachten, es wären die Reste früherer Hutzelfeuer!“, hört man die Einwohner von Rothemann immer wieder sagen. Der Energie- und Tagebauexperte Prof. Dr. hc. Dr. Dr. hc. tiermedDr. Spatz (Den dritten Dokortitel erhielt er, weil er wirklich ein sehr sehr wichtiger Experte ist. Anm. d. Red.) bestätigte mir exklusiv, dass dies häufig passiert. „Mal sind es Hutzel- mal Walpurgisnachtfeuer. Und die freudige Überraschung ist jedesmal groß!“, so Spatz. Die Eichenzeller sind nun hellauf begeistert. Lange genug haben sie gegen diese unsinnige Energiewende angekämpft. Bald schon werden die Riesenbagger von Vattenfall den Infraschallärm der Windkraftanlagen nicht nur übertreffen, dem Erdboden gleich werden die Anlagen gemacht, denn schon 2019 könnten die Bagger rollen, und bis dahin werden wahrscheinlich fünf Windkraftanlagen im Ried stehen.

Abgetragen werden sie, mitsamt

den Häusern, die Solarmodule auf den Dächern haben. Genaugenommen werden sogar alle Häuser von Eichenzell, Welkers, Rothemann und dem Ried, die unterhalb 500 m über n.N. stehen, abgerissen, wichtiger erscheint vielen jedoch, dass so endlich wieder Ressourcen für billigen Strom gewonnen werden. Ob es nicht hirnrissig sei, die Ökostromanlagen abzureißen, wollte ich von Spatz wissen. Dieser betonte jedoch, dass auch Opfer gebracht werden müssen, um die Brückentechnologie Braunkohle, wie sie von Angelika Merkel geädelt wurde, weiter voranzutreiben. Deshalb bekomme Vattenfall ja schließlich auch riesige Subventionen für den Abbau und das Verheizen der Kohle.

Das Braunkohlefeld erstreckt sich hauptsächlich entlang der Täler der wunderschönen Vorderrhönegemeinde. Nach der Renaturierung, in etwa 70 Jahren, wird die Gegend zu einer „Perle ländlichen Wohnens“ werden, so ein Sprecher des schwedischen Energieriesen. Wo und welche Häuser zuerst geräumt und umgesiedelt werden, ließ Vattenfall offen. Auch ist unklar, in welche Gegenden die Bürgerinnen und Bürger umziehen dürfen. „Die meisten beharren darauf, im Landkreis Fulda wohnen bleiben zu können!“, sagte uns ein Sprecher der neu gegründeten Bürgerinitiative Eichenzeller

Kohle für Deutschland, die sich dafür einsetzt, dass Deutschland auch weiterhin konventionelle Energie erzeugt, um zwar wirkungsarm und umweltschädlich, dafür aber billigen, von Importen unabhängigen Strom bereit stellen zu können.

Auf Anfragen hielten sich jedoch alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Nachbargemeinden bedeckt. Gerüchten zu Folge böte sich aber das Gebiet südlich von Neuhoft, bis einschließlich Flieden als Neubaugebiet an - natürlich nur dann, wenn man dort keine weiteren Braunkohlefelder entdecke. Der Landrat gibt sich indes optimistisch, dass man hier eine „gute“ Lösung finden wird. Selbiger hofft, als Aufsichtsrat der RhönEnergie, dass der geplante Deal, die vor Ort gewonnene Braunkohle in den Kohlekraftwerken der RhönEnergie zu verbrennen schnell abgeschlossen werden wird. „So bleibt das meiste Geld in der Region!“, versichert der Politiker. Verhandlungen mit Vattenfall sind nach unseren Informationen schon im vollen Gange.

Widerstände gibt es in der Region kaum. Nur die üblichen Verdächtigen, rund um die Energiegenossenschaften, weisen darauf hin, dass das mit dem billigen Strom genau genommen gar nicht stimme. Folgekosten wie Klimawandel und

Verseuchungen der Umwelt mit Quecksilber seien eben nicht in den Kohlestrompreis einbezogen und würden den Steuerzahler in Zukunft jedoch Unmengen Geld kosten, während die Konzerne die Gewinne einstreichen und sich dann jeder Verantwortung entziehen.

Gott sei Dank konnte ich jedoch noch einen weiteren Experten aufspüren, Dr. Eon Vorweg, ein Doktorvater von Spatz.

Vorweg unterstreicht, dass diese Bedenken die dummen Argumente der Ökomafia seien. „Die Gegner haben doch nur Angst, ihre Windkraftanlagen und damit ihr Geld zu verlieren!“

Eine blendende Zukunft steht Osthessen also bevor. So geht es besser, Deutschland.

PS.: Proschim ist ein ökologisches Musterdorf in Brandenburg, das mehr Strom durch erneuerbare Energie erzeugt, als das 800 Seelendorf selbst verbraucht. Proschim wird den Braunkohlebaggern bald zum Opfer fallen. Siehe Kasten am Ende dieser Seite.

Über die Autorin:

Wir sind sehr stolz darauf, dass wir diese Qualitätsjournalistin für uns gewinnen konnten. Obwohl sie keine andere Zeitung schreiben lassen würde, sie also ziemlich frei ist, schätzen wir ihre ausgewogene, objektive Sichtweise. Wir freuen uns deshalb, den guten Schein ihrer Selbstständigkeit weiter leuchten zu lassen.

KarmaKonsum

Eine Konferenz zum nachhaltigen Wirtschaften im Oktober in Frankfurt

Vom 28.-29. Oktober dieses Jahres findet die 8. Karmakonsum Konferenz in Frankfurt am Main statt. Unter dem Motto „Simplicity. Die Notwendigkeit von Einfachheit und Entschleunigung im Business“, treffen sich Pioniere eines neuen, nachhaltigen Wirtschaftens zum Austausch und Vernetzen.

Gegründet wurde die Fachkonferenz von Christoph Harrach, der als Betriebswirt und Yogalehrer in seinem Leben Ethik, Moral und Spiritualität mit wirtschaftlichen Aspekten verbindet. Er betreibt seit 2007 einen Blog zu dieser Verbindung und merkte sehr schnell, dass er mit seinen Themen viele Menschen ansprach, die sich mit der Zeit zu einer Wertegemeinschaft zusammenschlossen. Aus diesem virtuellen Austausch entstand dann 2008 die erste KarmaKonsum Konferenz. Diese sollte den Wunsch nach nachhaltigen und gesunden Lebensstilen auf der Konsumentenseite mit einem verantwortungsvollen Wirtschaften zusammenbringen. Dabei sieht Harrach gerade die Wirtschaft als

ein wichtiges Gestaltungselement der Zukunft in der Welt.

Die Konferenz hat sich seit dem weiterentwickelt und gliedert sich heute in verschiedene Teile. Zum einen gibt es eine Fachtagung, die sich an die Entscheider aus der Nachhaltigkeitswirtschaft und der konventionellen Branche richtet. Dabei diskutieren Referenten aus Forschung, Wirtschaft, Politik und Kultur den Einfluss von soziale, geistige und kulturelle Nachhaltigkeitsrichtungen auf Unternehmen, Mitarbeiter und Konsumenten. Der Konferenztag schließt mit einer Preisverleihung des KarmaKonsum Gründer-Awards. Bei diesem Existenzgründerpreis werden ausschließlich öko-soziale neue Geschäftsideen prämiert. Ein weiterer Teil der Konferenz ist das sogenannte Green Camp. Es handelt sich dabei um einen Mitmachtag, bei dem im Openspace Format neue Ideen im nachhaltigen Wirtschaften und Konsumieren entwickelt werden können. Die Inhalte sind dabei nicht vorgegeben sondern entste-

hen am Tag selbst aus den Teilnehmerinnen und Teilnehmern heraus. Die KarmaKonsum Expo bietet Unternehmen Ausstellungsflächen zur Verfügung, die in Form einer Messe genutzt werden können. Der letzte Teil der Konferenz ist das sogenannte City Event, bei dem lokale Initiativen das Thema Nachhaltigkeit im öffentlichen Raum sichtbar machen können und Frankfurter Bürgerinnen und Bürger dazu inspirieren können, einen Beitrag zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu leisten.

Braunkohle in Deutschland

Proschim in Brandenburg soll verschwinden.



Ausschnitt aus dem Infofilm über Proschim (Foto: www.braunkohle.info)

Proschim liegt in Brandenburg und im Lausitzer Braunkohlerevier, dem zweitgrößte Revier in Deutschland. Der schwedische Energieriese Vattenfall will hier vier neue Braunkohletagebaue eröffnen. Braunkohletagebau bedeutet, dass die Erdoberfläche, mit allen was dazugehört, Äcker, Wiesen, Wälder, Häuser, Windkraftanlagen, Fabriken, Seen, Alles halt, komplett zerstört wird und das auf Quadratkilometer - in diesem Fall 1900 Hektar. Es ist also geplant, das gesamte Dorf samt Umgebung wegzubaggern. Proschim ist ein Plus-Energie-Dorf: Es produziert heute schon weit mehr Energie, als es benötigt, im wesentlichen aus Windkraft und Solar. Das Dorf selbst ist ein typisch wendisches Hufendorf. Zahlreiche Gebäude sind denkmalschutzwürdig. Im Dorf leben noch 810 Menschen.



Dafür. Dagegen.

Ein gescheiterter Dialog über Windkraft

Buchonien hat über die Jahrhunderte schon manchen Glaubenskrieg erlebt, und verfolgt man über Monate die regionale Tagespresse könnte man meinen, ein neuer stünde vor der Tür.

Zum Thema Windkraft scheiden sich nicht nur die Geister, hier wird häufig mit harten Bandagen gekämpft und die Fronten verhärten sich. Sich an Fakten zu halten gelingt kaum, wenn diese jeweils nicht anerkannt werden oder tatsächlich in tragfähiger Form noch gar nicht existieren.

Die Haltung unserer Zeitung zum Thema ist kein Geheimnis, schließlich stand unsere gesamte erste Ausgabe unter der entsprechenden Überschrift. Für uns ergibt sich aus der Abwägung der jeweiligen bekannten Argumente eine klare Gewichtung. Im Sinne der Meinungsvielfalt und aus Interesse am Dialog wollten wir für die aktuelle Ausgabe nun einen Befürworter und einen Gegner der Windkraft zu einem neutral moderierten Gespräch an einen Tisch bringen und dieses Gespräch hier abdrucken.

Dies ist uns nicht gelungen.

Der von uns angefragte Windkraftbefürworter wurde aufgrund seiner öffentlich bekannten Meinung bereits real bedroht, und die Gegner waren sich nicht zu schade, diese Drohungen auch gegen seine Kinder zu richten. Er entschied sich schlussendlich gegen die Teilnahme am von uns angeregten Gespräch, um seine Familie zu schützen.

Der von uns angefragte Windkraftgegner konnte sich von vorneherein nicht auf einen persönlichen Austausch einlassen und ließ uns sein leidenschaftliches Plädoyer gegen Windkraft stattdessen schriftlich zukommen. Da nützte es auch nichts, dass ein anderer Windkraftbefürworter am Austausch interessiert war und für das Gespräch bereit stand.

Wir fragen uns:

Wo bleibt da das hohe Gut der Freiheit zur angstfreien Meinungsäußerung in einem demokratischen Staat?

Wo bleibt die Bereitschaft zur sach-

lichen Auseinandersetzung mit den Argumenten des Gegenübers, während man ihm in die Augen schaut?

Wie soll so Verständigung und im besten Fall ein Stückchen mehr gemeinsame Wahrheit entstehen?

Wir sind überzeugt, wer gute Argumente hat, braucht den Dialog nicht zu scheuen, und Fortschritt im besten aller Sinne ist nur möglich, wenn der eigene Teil der Realität nicht zur ganzen Wahrheit erklärt wird und ehrlich-subjektive und pseudo-objektive Darstellungen auch als solche erkannt und gewürdigt werden. Wir bedauern, dass dieses Gespräch nicht zustande gekommen ist.

Und wir haben uns dagegen entschieden, die Positionen der beiden Seiten einfach nebeneinander abzudrucken, und so die Fronten ein weiteres Mal abzubilden.

Wir erlauben uns stattdessen an dieser Stelle einen leeren Raum, der zum einen unsere Sprachlosigkeit über die Unmöglichkeit des Dialogs wohl am besten zum Ausdruck bringt, zum anderen die Möglichkeit offen lässt, in einer der nächsten Ausgaben oder an anderer Stelle doch noch ins Gespräch zu kommen.

Hüttenkäse - Teil II

Die Fortsetzung um das Baumhaus von Seite 1

Mit „absolutem Entsetzen und völligem Unverständnis“, so Jugendamtsleiter Stefan Möllene in einer Mail nur sechs Tage nach der Unterzeichnung gegenüber dem Baumhausverein, „habe ich heute morgen zufällig gehört, dass der Baum, der für das Baumhaus verwendet worden ist, gefällt wurde“.

Diesem Malheur verwaltungsinterner Kommunikation ist demnach das Ergebnis zu verdanken, dass „aufgrund der Einmaligkeit der Situation und aufgrund der von städtischen Beschäftigten verursachten Verunmöglichung des Erhalts des Baumhauses“ (Aktenermerk zum Gestattungsvertrag) sowohl OB Möller als auch die damalige Stadtbaurätin Zuschke gegenüber den Jugendlichen erklärt haben, „dem Wunsch nachgeben (zu) wollen“, eine Hütte an der Stelle errichten zu können, wohl um nicht vertragsbrüchig zu agieren. Die Fläche um den Baumstumpf wird für zwei Jahre an den Verein vermietet mit der Auflage der Einfriedung des Geländes und der Volumenaufgabe von maximal 40 Kubikmeter, „da ansonsten eine Baugenehmigung erforderlich wäre“. Nach zwei Jahren, so offensichtlich die Hoffnung der Stadt, habe sich das Thema erledigt, da die Jugendlichen dann erwachsen wären und anderen Interessen folgen würden. Damit, dass die Jugendgruppe, die inzwischen zahlreiche weitere Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 20 Jahren angezogen hat, intensiv an der Hütte bauen würde und dieses Gelände auch noch hegen und pflegen würde, ohne es zu einer wilden Partydeponie aus Pizzakartons und Bierflaschen verkommen zu lassen, hat wohl niemand gerechnet.

Letzten Endes ist es ein so nicht erwartetes, bis heute aber äußerst erfolgreiches und vor allem selbstverwaltetes Projekt geworden, das seinesgleichen sucht. Die Jugendlichen regeln die Abläufe eigenständig, es bedarf keinerlei institutioneller sozialpädagogischer Begleitung,

dafür entwickelte sich aber eine solidarische Materialspendenbereitschaft der Nachbarschaft.

Das Verhältnis allerdings zwischen Jugendamtsleiter Möllene und dem Baumhausverein hat sich unerklärlicherweise deutlich verschlechtert. Als im Februar 2014 ein Antrag auf Verlängerung des Gestattungsvertrages seitens des Baumhaus Fulda e.V. gestellt wurde, kam die prompte Absage des Jugendamtes rund einen Monat später. „Von Anfang an ging es bei dem Gestattungsvertrag nicht um ein langfristiges Projekt, sondern nur um ein Entgegenkommen der Stadt, mit dem wir den damals engagierten

des Jugendamtes mit dem Trägerverein bei politischem Wohlwollen durchaus fördern könnte? Schließlich hat sich die Stadt auf ihrer Homepage gemäß den PLuS-Richtlinien für die „Förderung von Gemeinschaftsfähigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Leistungsfähigkeit, der Ermöglichung von Teilhabe“ sowie der „Förderung der Autonomie der Zielgruppe durch eine verbesserte soziale Infrastruktur“ auf die Fahnen geschrieben. Aus welchem Grund sperrt sich das städtische Jugendamt als zuständige Behörde weiteren Verhandlungen über die Fortführung des Hüttenprojektes?

Am Gelände selber kann es nicht



Es war kaum zu sehen: Das Baumhaus, das die Gemüter erregt(e). (Foto: AGORA)

Jugendlichen zugestanden haben, ihren selbst verwirklichten ‚Traum‘ trotz seiner Rechtswidrigkeit noch einige Zeit weiter zu leben“, so Möllene im Ablehnungsschreiben. Plötzlich wird verlautbart, dass die Stadtverwaltung „durchweg ablehnend dem Projekt gegenüberstand“; es ist auf einmal die Rede von einem „lebensgefährlichen Baumhaus“ wo noch drei Jahre zuvor Faszination und „Kindheits Erinnerungen und -träume“ die ersten Gespräche begleiteten. Woher dieser so nur schwer nachvollziehbare Wandel? Warum unterstützt die Stadt Fulda dieses Projekt nicht, das sie im Rahmen des Jugend-Förderprogramms „PLuS - Projekte für Lösungen im Sozialraum“ durch Zusammenarbeit

liegen, denn dieses wird nach Eigennaussage der Stadt Fulda nicht als Bauland ausgeschrieben. Schon bei den vor drei Jahren stattgefundenen Verhandlungen über das Baumhaus wurde gegenüber den Jugendlichen und ihren Eltern explizit betont, das Gelände, topografisch eine Senke, sei die Hauptfrischluftschneise für den Stadtteil Neuenberg und dürfe schon aus ökologischen Gründen deshalb nicht als Bauland ausgewiesen werden. Dennoch wird das Treiben um die Hütte von Amts wegen permanent kritisch beäugt. So fand zuletzt ein reger Briefwechsel zwischen dem Trägerverein und dem Jugendamt statt. Hier ist deutlich zu entnehmen, wie es immer schärfere Auflagen für die Jugendlichen gab,

die ihrerseits mit einer hohen Kompromissbereitschaft erfüllt wurden. Möllene warf den Jugendlichen vor „nicht zum ersten Mal und nun in vielen Punkten vertragswidrig“ gehandelt zu haben. Die Gründe? Laut Aussagen von Mitarbeitern der mobilen Jugendarbeit wäre die Hütte nach deren Schätzung deutlich größer als 40 Kubikmeter. Herr Möllene hat nachgemessen, im Ergebnis kam er auf über 52 Kubikmeter und dafür „wäre zwingend eine Baugenehmigung erforderlich“. Tatsächlich unterlag den Jugendlichen ein Planungsfehler. Der nackte Korpus liegt deutlich unter den 40 Kubikmetern, durch die Wandverkleidung mit sich überlappenden Schwartenbrettern und der Dachschliebung wurden die zulässigen Gesamtmaße jeweils um wenige Zentimeter überschritten, was volumentechnisch derartige Auswirkungen hat und so als Hauptgrund für die Absage angesehen wird. Aber auch hier zeigen sich die Jugendlichen äußerst kompromissbereit. „Wir können ein Grundelement kürzen und die Hütte minimal kleiner machen“, so Ole Wassmann vom Baumhausverein auf Nachfrage, „damit würden wir auch sofort anfangen, wenn es eine Aussicht auf eine Verlängerung gäbe.“

Weiter bemängelt Herr Möllene weitere Vertragsverstöße. Hierin wird jegliches Feuer untersagt und als Legitimation für den Einwand zieht er ein paar angebrannte Kerzen im Inneren der Hütte sowie einen abgelegten Grill hinter der Hütte hinzu. Im Vertrag selber ist als Richtungsbeispiel die Rede vom Lagerfeuerverbot, was aufgrund des hohen Bestands an Bäumen und Gestrüpp durchaus nachvollziehbar ist. Dieser Amtslogik folgend wäre aber jeder weihnachtliche Adventskranz innerhalb einer Wohnung eine zu untersagende Feuerstelle, vom Vergleich eines Kohlegrills mit einer Feuerstelle ganz zu schweigen - jeder Campingplatzwart würde Protest einlegen. Selbst Feuerwehrfachleute diskutieren im

feuerwehr-forum leidenschaftlich darum, ab wann eine Flamme als offenes Feuer gilt. Es bleibt also Definitions- und Auslegungssache. Auch Einfriedungsmängel und mangelhafte Grundstücksbeschilderung sind vertraglich zwar mahnbar, aber erstens schnell behoben und zweitens sicher nicht unüberwindbare Hindernisse für eine Vertragsverlängerung. Hier wandelt sich wachsweiße Argumentation zu eisenharter Beweisführung. Aber aus welchem Grund? Verhaltensgründe als Anlass zur Beschwerde liegen nicht vor. Die Polizei als Ordnungsbehörde, die zu Zeiten des Baumhauses den Jugendlichen gelegentlich einen Besuch abstattete, war zuletzt vor über einem Jahr vor Ort.

Die Vermutung der Jugendlichen, die Stadt gönne ihnen politisch einfach keinen Freiraum, liegt nahe. Gegebene Zusagen werden zwar eingehalten, inhaltlich aber Stück für Stück durch ordnungspolitische Auflagen bis zur faktischen Unmöglichkeit eingeeengt. Ein erfolgreiches, selbstverwaltetes Jugendprojekt ohne administrative Leitung scheint der Kommunalverwaltung ein Dorn im Auge. Warum sonst gibt es keine Möglichkeiten zu offenen Gesprächen? Anstatt mit lobenswertem Beispiel voranzugehen und eigenverantwortliches Jugendengagement grundlegend zu unterstützen wird hier von Amts wegen Frustration geschürt. Wie gut würde dieser Stadt zu Gesicht stehen, ideenreiches Jugendengagement im Stadtteil zielgerichtet zu fördern, ohne blockierend in kreative Prozesse einzugreifen! Handlungsmöglichkeiten gibt es zuhauf, wenn der politische Wille und das ehrliche Interesse an Partizipation vorhanden sind. Bei Engagement im Allgemeinen und für den Erhalt der Hütte im Besonderen!

Bedingungsloses Grundeinkommen

Keine Utopie sondern Konsequenz aus notwendigem gesellschaftlichen Umdenken und Umbau unter dem Aspekt „Tätigkeitsgesellschaft - von KAB Diözesansekretär Michael Schmitt

„Ein bedingungsloses garantiertes Grundeinkommen ist die Konsequenz aus einem notwendigen gesellschaftlichen Umbau“, erläutert KAB Diözesansekretär Michael Schmitt (Fulda) die Ideen der KAB Deutschland gegenüber der Redaktion von AGORA.

Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) fordert das Grundeinkommen vor dem Hintergrund, dass Erwerbsarbeit als sinnstiftendes und gesellschaftlich integrierendes Element vor allem dann seine Bedeutung verliert, wenn große Bevölkerungsteile von dem Recht auf Arbeit ausgeschlossen sind. Eine Vollzeitbeschäftigung reicht bei Hunderttausenden nicht mehr aus, um den Lebensunterhalt zu fristen und Altersarmut ist die absehbare Folge. „Es droht eine dauerhafte Spaltung der Gesellschaft“, erörtert Schmitt.

Ein garantiertes Grundeinkommen bedeutet für die KAB, dass jede/r Bürger/in, unabhängig von Einkommen, Vermögen und Lebensweise einen Rechtsanspruch darauf hat. Der Anspruch soll ab dem Tag der Geburt gelten und eine eigenständige Existenzsicherung für jede Frau, jeden Mann und jedes Kind sein. Dabei lehnt die KAB eine gegenseitige Anrechnung im Rahmen von Bedarfsgemeinschaften ab.

Das Grundeinkommen soll das soziokulturelle Existenzminimum garantieren und eine dem sozialen und kulturellen Standard entsprechende Lebensführung sichern, die eine eigene gesellschaftliche Teilhabe und Teilnahme gewährleistet.

Das Grundeinkommen soll bedingungslos und ohne Kontrollen und Zwangsmaßnahmen gezahlt werden. Dabei geht die KAB von einem

positiven Menschenbild aus.

Der Weg zum Grundeinkommen führt für den katholischen Sozialverband über die Tätigkeitsgesellschaft. Ein Modell, an dem die KAB seit 1991 arbeitet und dieses fortschreibt. „Ein bisschen Lokalpatriotismus sei mir vergönnt“, schmunzelt Schmitt und erläutert, dass die ersten verbandlichen KAB Beschlüsse zur Tätigkeitsgesellschaft und zum Grundeinkommen während einer Klausurtagung des damaligen Westdeutschen Verbandes der KAB in Kleinlüder gefasst wurden.

Unter dem Begriff Tätigkeitsgesellschaft fügt die KAB eine Reihe von Bausteinen aneinander. Fundament ist die „Triade der Arbeit“. Die KAB fordert eine gleichrangige Bewertung aller Formen menschlicher Arbeit. Dazu zählen die Erwerbsarbeit, die Privatarbeit (darunter Erziehungs- und Pflegeleistungen) und das gemeinwesenbezogene Engagement. Die Gleichstellung der unterschiedlichen Arbeitsformen führt zu einer größtmöglichen Selbstentfaltung und Selbstbestimmung der Menschen. Zwischen den drei Elementen der Triade der Arbeit müssen eine größere Durchlässigkeit und fließende Übergänge geschaffen werden.

Die Initiierung und der Ausbau neuer Formen von Arbeit sind ebenfalls Kennzeichen der Tätigkeitsgesellschaft. So gilt es zum Beispiel Arbeitszeitmodelle zu entwickeln, die den Bedürfnissen der Beschäftigten entgegenkommen. Vor dem Hintergrund eines sinkenden Erwerbsarbeitsvolumens und einer strukturellen Arbeitslosigkeit ist für die KAB die 30-Stunden-Woche ein Instrument der gerechteren Vertei-

lung. Die Neuschaffung von guten und sozial gesicherten Arbeitsplätzen in nachhaltigen Wirtschaftssektoren, besonders in den Bereichen Bildung, soziale Arbeit und personennahen Dienstleistungen ist ebenfalls unabdingbar. Strukturen der Selbstorganisation, wie zum Beispiel genossenschaftliche Betriebe und kollektive, selbstbestimmte Formen der Organisation von Privat- und Gemeinwesenarbeit sind auszubauen.

Ein weiterer Baustein nennt sich „Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit“. Hier fordert die KAB strukturelle Einschnitte u. a. in der sozialen Sicherung und in der Steuerpolitik. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben dürfen nicht einseitig durch die Besteuerung von Einkommen aus der Erwerbsarbeit finanziert werden. So fordert die KAB zum Beispiel im von ihr initiierten „Rentenmodell der katholischen Verbände“ die Beitragspflicht aus allen Einkunftsarten, auch von Selbständigen und Freiberuflern, und vor allem ohne eine Begrenzung durch Beitragsbemessungsgrenzen. Auch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wird von der KAB gefordert.

Eine Überwindung der ungerechten Verteilungspolitik stoppt die zunehmende Spaltung zwischen Armen und Reichen, zwischen armen und reichen Staaten und Kontinenten. Die Verteilung lebensnotwendiger Ressourcen muss ebenso in den Blick genommen werden. Dies gilt sowohl für den Zugang zu sauberem Wasser, für Nahrung, Wohnung, Bildung und Arbeit, als auch für den Zugang zu Energie. Verteilungsgerechtigkeit bedingt somit Einschnitte in die wirtschaftliche

Herrschaftsgewalt und die Eigentumsformen.

Zur Tätigkeitsgesellschaft gehört für die KAB auch eine „Politik von unten“. Der Verband setzt auf die soziale Demokratie, auf Kooperation und die Stärkung der Zivilgesellschaft.

„Die Ausweitung der Selbst- und Mitbestimmungsrechte für alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche ist unabdingbar“ so Schmitt.

Letztendlich führt für die KAB auch kein Weg an einer ökologischen Erneuerung vorbei. Der Klimawandel mit seinen Folgen zeigt schon heute, dass Handlungsbedarf besteht. Die Grenzen und die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen müssen nicht nur erkannt sondern auch bewusst akzeptiert werden. Das gesamtgesellschaftliche Handeln muss darauf ausgerichtet sein, die Lebensgrundlagen auch für kommende Generationen zu sichern.

Was würden Sie arbeiten, wenn für Ihr Einkommen gesorgt wäre? Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)

Das Bedingungslose Grundeinkommen wird in den letzten Jahren immer öfter von verschiedenen Seiten als Antwort auf strukturelle Arbeitslosigkeit, prekäre Bezahlung und befristete Verträge propagiert. Es könnte die Wende zur Kulturgesellschaft gestalten und die Menschen von ihrer wirtschaftlichen Existenzangst befreien. Es schafft Sicherheit und Freiraum für Kreativität und Eigeninitiative, gibt der Arbeit ihren Sinn und den Menschen ihre Würde zurück.

Kurz gesagt bedeutet es, dass jeder Bürger und jede Bürgerin allein aufgrund der Tatsache, dass er oder sie in Deutschland lebt, einen Anspruch auf die regelmäßige Zahlung eines Grundeinkommens hat. Die Beträge variieren in den verschiedenen Konzepten, die Höhe soll jedoch die Grundkosten decken und eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Und zwar ohne weitere Bedingungen.

Während die Kritiker monieren, dann arbeite doch niemand mehr, erklären die Befürworter, dass es dem Einzelnen einen enormen neuen Freiraum ermögliche, sich für eine zusätzliche Tätigkeit zu entscheiden, weniger Arbeitszeit pro Woche zu leisten, oder seine Zeit mit einer Arbeit sinnvoll zu verbringen, die in unserer renditeorientierten Wirtschaftsordnung gar nicht entlohnt wird. Es gibt also reichlich Diskussionsstoff.

So bleibt die spannende Frage: Würden Sie arbeiten, wenn für Ihr Einkommen gesorgt wäre? Und was würden Sie gerne tun, wenn Sie Ihre Entscheidung für eine sinnstiftende Tätigkeit nicht vom Einkommen abhängig machen müssten?

5 Gründe für ein Bedingungsloses Grundeinkommen für alle

Werner Rätz ist seit Jahrzehnten in vielen zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen aktiv. Unter anderem ist er Mitglied im Koordinierungskreis von attac Deutschland und aktiv in der AG Grundeinkommen. So ist er auch einer der Autoren des Standardwerkes „Bedingungsloses Grundeinkommen – woher, wozu und wohin?“ Nachfolgend sein Statement zum bedingungslosen Grundeinkommen.

Im Prinzip alle klassische Volkswirtschaft begreift Ökonomie als Verwaltung des Mangels. Es ist genug für alle da! Jeder Mensch hat, nur einfach so, weil es ihn gibt, ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am gesellschaftlichen Reichtum. Das muss sich niemand verdienen, nicht durch Arbeit, nicht durch Wohlverhalten, durch gar nichts. Das ist Menschenrecht.

Teilhabe ist in den modernen Gesellschaften nur möglich, wenn man über ein Einkommen verfügt. Aus den skizzierten menschenrechtlichen und auch aus ökonomisch-pragmatischen Erwägungen ergibt sich der Vorschlag zukünftig jedem Menschen unabhängig von Erwerbsarbeit ein Grundeinkommen zu gewähren. Dafür gibt es (mindestens) fünf gute Gründe:

1. Wir können es: Der gesellschaftliche Reichtum ist vorhanden
Ich rede vom materiellen Produkt, vom unmittelbaren stofflichen Reichtum. Weltweit gibt es genügend Nahrung, Ressourcen zum Wohnungsbau, Gegenstände des täglichen und des langfristigen Bedarfs, um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Es gibt auf der Ebene des vorhandenen Produkts keinen Mangel und damit keinen ökonomischen Grund für Elend und Hunger.

2. Wir können es dauerhaft: Die Re-

produktion des Reichtums ist mit wenig Arbeit möglich

Wir leben erstmals historisch in einer Gesellschaft, die mehr produzieren kann, als alle für ein gutes Leben brauchen. Ich bin überzeugt, dass so gut wie alle Menschen Lust haben, tätig zu sein, sich mit Natur und Umwelt auseinander zu setzen, kreativ und produktiv etwas zu machen.

3. Wir können es bezahlen: Ein Grundeinkommen ist finanzierbar
Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Modelle eines Grundeinkommens. Aber gemeinsam ist all diesen Überlegungen, dass sie vielfältig durchgerechnet wurden und dass feststeht, dass sie bezahlbar sind.

4. Wir müssen es: Die Vollbeschäftigung kommt nicht wieder
Bisher sind in der BRD und in vielen anderen Ländern soziale Ansprüche und Leistungen an Erwerbsarbeit gekoppelt. Dieser Zustand der Vollbeschäftigung war aber offensichtlich historische Ausnahme. Es spricht nichts dafür, dass er wieder herstellbar wäre. Aber selbst wo diese Einschätzung der Produktivitätsentwicklung nicht geteilt oder nicht gewünscht wird, behauptet kaum jemand ernsthaft, dass auf absehbare Zukunft Vollbeschäftigung wieder möglich sein werde.

5. Wir müssen es wollen: Der alte Sozialstaat war ohnehin keine

emanzipatorische Einrichtung

Es ist gut, dass es all die Produktivitätsfortschritte gibt, die es uns ermöglichen, immer weniger Zeit mit Erwerbsarbeit zu verbringen. Es gibt so viele Tätigkeiten, die der Erwerbsarbeit vorzuziehen sind! Rationalisierung ist etwas Gutes, wenn sie zu mehr Zeit führt, über die wir selbst bestimmen können.

Und es geht nicht nur um den Inhalt der konkreten Arbeit, es geht auch um den herkömmlichen Sozialstaat als gesellschaftliches Regulationsmodell: Ich will nicht zurück zu einem Staat, der über Arbeit reguliert, sortiert, Rangordnungen des Ansehens festlegt. Ich will nicht zurück zu einem (Fabrik)Arbeitssystem, das anpasst und zurechtet, damit die Beteiligten sich problemlos beherrschen lassen.

Die alte emanzipatorische Sozialstaatskritik ist immer noch richtig. Um nicht missverstanden zu werden: Was es an sozialen Errungenschaften und Regelungen gibt, muss verteidigt werden. Niemals dürfen wir unvollkommenes Vorhandenes aufgeben ehe wir etwas besseres Neues wirklich haben. Aber kämpfen sollten wir für ein solches Neues, nicht für das verlorene Alte.

Weiterführender Link mit vielfältigen Informationen: www.archiv-grundeinkommen.de

Die Langfassung seines Textes fin-

den Sie auf unserer Homepage: www.agora-fulda.de



**Stopp! Das muss nicht sein...
Sie können uns auch spenden:**

KÖK e.V.
IBAN: DE38 5305 0180 0040 0097 93
BIC: HELADEF1FDS
Verwendungszweck: Agora

AGORA
Zentrum für Managementpolitik,
Innovative Politik und Soziale

Ins Verhältnis gesetzt

Im Nahost-Konflikt eskaliert die Gewalt

Während wir uns in unserem Städtchen um ein gelingendes Miteinander bemühen und es bisweilen dabei um alles oder nichts, entweder oder, gewinnen oder verlieren zu gehen scheint, sind an vielen Orten der Welt Menschen unmittelbar in ihrer Existenz bedroht und fürchten um ihr Überleben. Aktuell sind besonders die Ukraine, Syrien, Nigeria und Israel/Palästina von Krieg und Terror betroffen. Die Bilder und Berichte von dort lassen uns nicht unberührt, und wir wollen hier stellvertretend den Menschen in Gaza unser Mitgefühl ausdrücken. Der nur 40 Kilometer lange Gazastreifen (Fulda - Bad Hersfeld) ist mit 1,7 Millionen Einwohnern eine der am dichtesten bevölkerten Gegenden der Welt und die Ausweichmöglichkeiten für die mehrheitlich am Konflikt und dem terroristischen Vorgehen der Hamas unbeteiligten Menschen sind extrem begrenzt. Sämtliche Grenzübergänge sind geschlossen. Es gibt keine Schutzbunker im Gazastreifen und eine Seeblockade der israelischen Marine verhindert die Ankunft und Abfahrt von Schiffen. In großen Teilen von Gaza-Stadt ist der Strom ausgefallen, seitdem zusätzlich zu den massiven Luftangriffen die israelische Bodenoffensive begann. Laut Unicef sind fast eine Million Menschen von der Wasserversorgung abgeschnitten. Besonders hart trifft es die Kinder. Für einen Einblick in ihr Leben drucken wir daher ein kurzes Interview der Hilfsorganisation SOS-Kinderdorf ab, die sowohl in Israel als auch in Palästina Kinderdörfer unterhält:

Raketenangriffe auf Israel, Luftschläge gegen den Gazastreifen:

In den SOS-Kinderdörfern auf beiden Seiten der Grenze herrscht Angst.

11.07.2014 - Nach erneutem Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen setzt die israelische Luftwaffe ihre Angriffe fort. Im Nahost-Konflikt eskaliert die Gewalt - und wie so oft geraten Unbeteiligte in die Schusslinie. Samy Ajjour, Leiter des SOS-Kinderdorfes Rafah im Gazastreifen, berichtet im Interview über die aktuelle Lage.

Wie ist die Lage in Rafah derzeit?

Samy Ajjour: Die Wände der Häuser wackeln ständig wegen der andauernden Explosionen. Viele Wohnhäuser sind beschädigt oder zerstört. Kaum jemand traut sich mehr auf die Straße. Zugleich wird die Infrastruktur im gesamten Gazastreifen zerstört durch die Angriffe. Es fehlt schon jetzt an allem, Wasser, Strom, Nahrung.

Welche Opfer fordern die Luftangriffe auf den Gazastreifen?

Samy Ajjour: Ein Beispiel von vielen: Am Mittwochabend sahen sich Fußballfans in einem Café in Khan Yunis unweit von Rafah das WM-Fußballspiel Argentinien gegen Holland an. Nicht viele haben hier TV-Geräte oder Strom. Eine Rakete traf das Café, neun Kinder und Erwachsene starben. Viele wurden verletzt. Jeder fühlt sich hier gefährdet.

Wie geht es den SOS-Kindern?

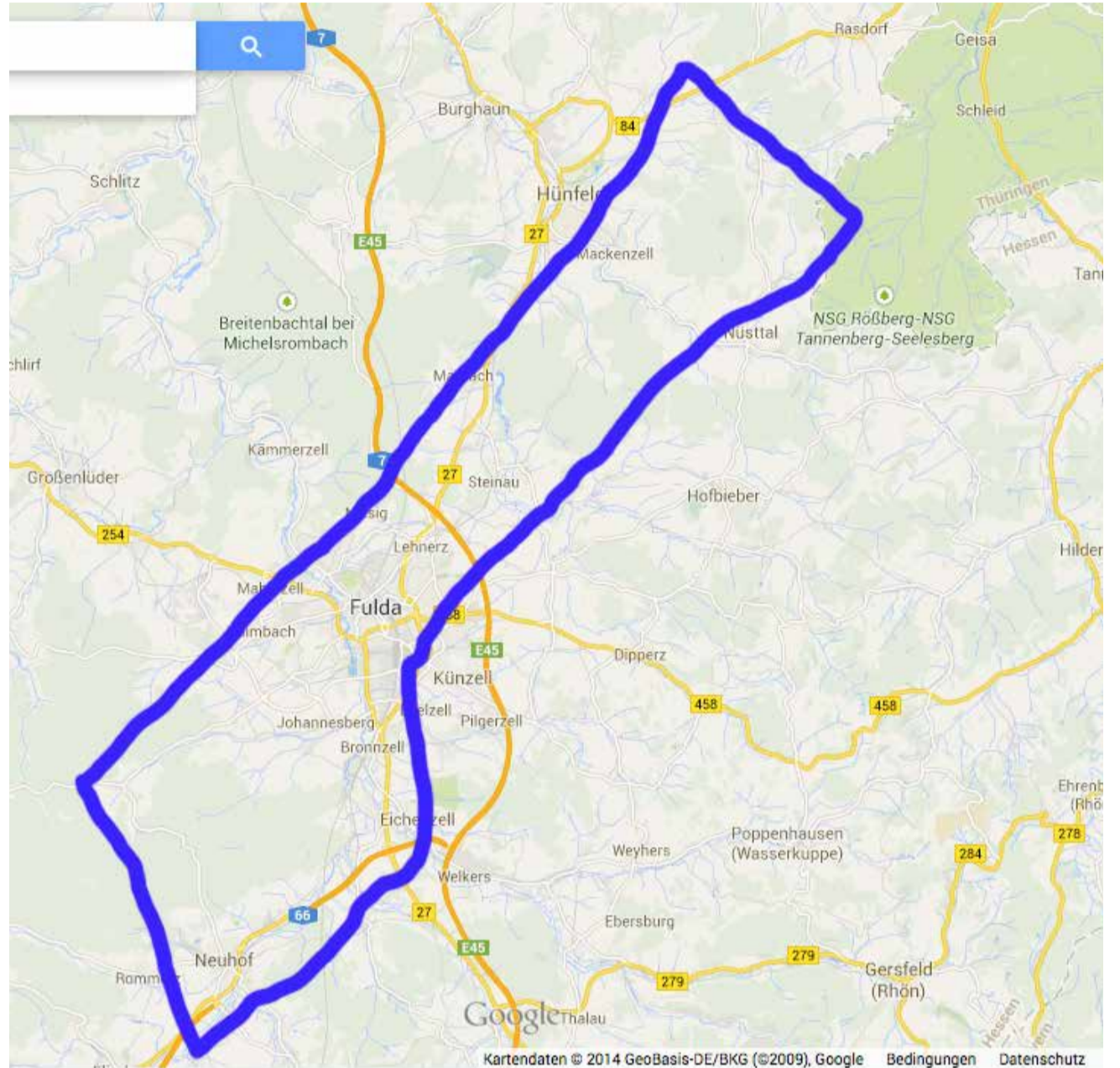
Samy Ajjour: Nach dem Angriff auf Hamas-Camps in der direkten Umgebung vor einigen Tagen ist es jetzt

rund um das SOS-Kinderdorf etwas ruhiger. Aber Rafah ist unter Beschuss. Die Detonationen sind weit hin hörbar. Wir müssen die Fenster offen lassen, damit sie nicht bersten und die Splitter herumfliegen. Die

Kinder sind traumatisiert. Wie auch die Kinder im gesamten Gazastreifen. Wir haben beide Seiten aufgefordert, das Kinderdorf als Kinderschutzzone anzuerkennen. Wir von SOS-Palästina fordern zudem im

ganzen Gazastreifen Schutzzonen für Kinder.

(Quelle: www.sos-kinderdoerfer.de)



Der Gaza-Streifen auf einer Googlemaps-Karte des Großraums Fulda (Fotomontage: AGORA)

Gerlinde

Eine Kurzgeschichte von Sabine Wittich

Estelle, Catherine, Marie vielleicht sogar Marie-Claire, so hätte ich heißen müssen. Klingend, weich fließend, die Zunge streichelnd, schon mein Name wäre eine Melodie.

„GERLINDE!“ höre ich mich selbst sprechen, „Gerlinde“ versuche ich es sanfter, aber dieser Name liegt mir bitter auf der Zunge. Was hat sich Vater nur dabei gedacht. Gerlinde ist ein Urteil, eine schlimme Diagnose ohne Therapie und Aussicht auf Heilung. Gerlinde Hausmann, die dicke Putzfrau von nebenan. Was sonst. Manchmal, wenn ich die Apotheke aufschließe, stelle ich mir vor, sie gehöre mir. Ich bin die hübsche Pharmazeutin und mein Kittel wäre weiß nicht blau, mein Haar blond zu einem feinen Knoten im Nacken zusammengesteckt. Ich fahre mir über den Kopf und spüre, wie mein borstiges Haar durch meine Finger gleitet, natürlich kurz und braun. Schnell husche ich an der Standuhr vorbei, um mich nicht im Spiegel der Glastür anschauen zu müssen.

Gleich ist es Mitternacht und der Tag meiner Geburt jährt sich zum 40. Mal.

Groß und hell, in altrömischen Ziffern trohnt die alte Standuhr über mir. Sie beobachtet mich seit Jahren. Zeugin meiner Vergänglichkeit, Maßstab meiner Zeit und quälender Beweis meiner Einsamkeit. Dennoch, ich versuche sie mit einer gewissen Grazie abzustauben,

nicht mehr ganz eine Stunde und sie wird gellend über mich herfallen. Zwölf mal wird sie läuten, sie wird mich läutern und nach mir rufen: „Gerlinde, wie siehst Du aus heute. Gerlinde kämm Dich. Gerlinde, dass kannst Du nicht, hässlich mein Fräulein, hässlich, hau ab!“

„Gerlinde, Gerlinde“, mein Name fließt durch meine Ohren wie das Blut durch meine Venen. Manchmal schüttele ich einfach den Kopf, in der Hoffnung, die Worte fallen einfach aus meinen Ohren. Vergebens. Ich arbeite einfach weiter. Zitrusduft verteilt sich langsam im ganzen Raum, mein Staubwedel gleitet sanft über die Oberfläche des Tresens, über Tablettenschachteln, Röhrchen und Gläser. Medizin gegen Bauchschmerzen, Halsschmerzen, gegen Schnupfen und Husten, zur Beruhigung, zum Schlafengehen und Wachwerden, hier gibt es einfach alles. Ob es was gegen Gerlinde gibt? Lautlos gleitet eine kleine blaue Schachtel mit grünen Buchstaben in die Tasche meiner Kittelschürze. Ich schaue mich um, nur die Pappfigur aus dem Schaufenster hat es gesehen.

Da klickt es noch einmal in der Standuhr, das Ziffernblatt ist hell erleuchtet, größer und kleiner Zeiger innig vereint, der Klöppel atmet noch einmal durch um Schwung zu nehmen. Doch noch vor dem ersten Gongschlag verstummt die Uhr und steht still.

Es muss laut gescheppt haben, als die mächtige Standuhr stöhnend zu Boden fiel. Tausend kleine Scherben sind wie ein Schwarm Mücken durch die Luft geflogen und bedecken ihn. Vorsichtig zupfe ich die kleinen Kristalle aus meinem Haar. Blut rinnt mir an den Händen runter, tropft in dicken warmen Klecksen auf meinen blauen Kittel. Der Boden ist kalt und staubig. Meinen Sturz habe ich nicht bemerkt. Niemand hat ihn bemerkt. Doch noch bevor der erste Gongschlag tönte, hatte ich ihr das Herz aus dem Leib gerissen. Ich schließe die Augen und lausche, sie schweigt, endlich.

Nur der Wind, der den kalten Winter durch die Straßen treibt, heult ohne Unterlass. Ich liege am Boden, ich atme ein, ich atme aus, ich atme ein, ich versuche nicht mehr zu atmen aber es atmet von ganz allein. Meine Gedanken kreisen und ich frage mich, ob er sich meinen Namen schon vor meiner Geburt ausgedacht hatte? Vorsichtig, aber bestimmt drängt sich das Licht durch die Schaufensterdekoration, vorbei an der lebensgroßen Pappfigur, die erhaben über mir steht. Vorsichtig blinzele ich und putze meine Hände an meinem Kittel ab, er ist ja eh nur blau. . . und der schöne Tresen, schnell mache ich ihn sauber, Glassplitter fallen erneut zu Boden, meine Beine sind weich und ich halte mich immer wieder fest, bis die Verkaufsfläche reinlich und die Apotheke von den Spuren der Nacht

befreit ist. „Gerlinde, was hast Du gemacht?“ flüstert mir die lächelnde Pappfigur zu und ich schaue beschämt zu Boden.

Der Schlüssel klickt leise, das Schloss ist eiskalt, meine Hände sind steif und ich drehe mich noch einmal um, stumm und ohne Glanz schaut mir die Standuhr hinterher, als ich die Apotheke sicher verschließe, es könnte ja meine sein. Mit einem Schritt hat mich die Nacht gefangen, Eiskristalle legen sich sanft auf mein Haar, ich schließe die Augen, während der Winter unter meinen Kittel kriecht. „Denk er heute an mich?“

Noch einmal betrachte ich die Pappfigur die mir nun freundlich aus dem Schaufenster zu winkt.

Die Kirchturmuhre schlägt zwei. Lioba, welch ein prunkvoller Name, ein Geschenk für die Ohren. Lioba, die Liebende. Niemals würde ein Gottesgeschöpf Gerlinde heißen. Schnell bin ich auf der anderen Straßenseite bei Lioba. Sie hat keine Tür, sie hat ein mächtiges Tor, groß und schwer, dunkle Metallbeschläge sichern ihr die Zukunft. Eigentlich gehe ich nicht in die Kirche. Ich glaube nicht, natürlich nicht, Vater hat mich nicht getauft. Das Tor kreischt leise, als ich es vorsichtig, aber mit aller Kraft öffne, dann schleicht es ächzend wieder zurück in sein Schloss. Die Straßenlaternen leuchten schwach durch die bunten

Scheiben der Kirche und hüllen Lioba festlich und friedlich ein.

Nur wenige besuchen sie in der Nacht. Eine alte Frau kniet ehrfürchtig in der letzten Reihe, ihr alter runder Rücken zusammengesackt, ihr Gesicht in runzligen Händen vergraben, sie schläft. Sie hört mich nicht. Sie hört nicht, wie die blaue Schachtel mit der grünen Schrift zu Boden fällt. Sie bemerkt auch nicht, wie ich mir mit der Hand das gesegnete Wasser vorsichtig zum Mund führe. Lautlos gleitet das Mittel des ewigen Schlafs, vereint mit dem heiligen Wasser der Seligkeit, meine Kehle hinab und verbreitet seinen bittersüßen Frieden. Würde ich glauben, ich würde beten. Meine Zunge wird schwer, mein Körper warm, mein Herz wird warm, fast beschwingt. Da höre ich jemanden schnaufen, mit tiefen ruhigen Atemzügen, „Vater? Bist Du das?“ Meine Augen können ihn nicht finden. Sicher sitzt er weiter vorne und wartet auf mich. Vielleicht ist er eingeschlafen. Ich gehe zu ihm. Nein, ich gehe nicht, ich schreite. Es könnte ja meine Hochzeit sein. Meine Füße schleifen über die blanken kalten Fliesen. Nur noch schwer erkenne ich die Konturen der Kirchenbänke. Stolz schreite ich den Gang entlang, die Augen halb geschlossen, den Arm angewinkelt. Vater will sich sicher gleich bei mir einhaken, wenn er mich zum Tualtar führt. Ich schreite und ich lächele, was ein schöner Geburtstag.

Unter die Tische, fertig, LOS!

Neues vom Schnapsfest!

Unter die Tische, fertig, los!

Die WM ist vorbei, doch das nächste Ereignis der Spitzenklasse steht schon vor der Tür!

Wie in jeder Ausgabe der Agora erinnern wir auch an dieser Stelle, dass schon in 235 Tagen 14 Stunden 8 Minuten das Fuldaer Schnapsfest seine Pforten öffnet und somit endlich, endlich, endlich wieder eine Gelegenheit zum geselligen Delirium und zum uneingeschränkten Glücklich-Sein in dieser Stadt geboten ist. Bis dahin heißt es trocken bleiben im ansonsten freudlosen Alltag.

Ein Schnapsfestpärchen suchen wir an dieser Stelle nicht, spätestens



Die offizielle „Schnapsdrossel“ (Foto: CCO 1.0)

nach einer Stunde sind alle BesucherInnen eh schön getrunken und gleichen sich wie eine Schnapsdrossel der anderen.

Wir präsentieren stattdessen heute stolz unser offizielles Logo, das den wahren Wert des Festes für die Region auf einen Blick erkennen lässt (siehe nebenstehendes Bild).

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei uns selbst, dass uns für die Ausrichtung dieser ganz besonders wertvollen Veranstaltung keine Mühe zu groß und für die Werbung keine Zeile zu schade ist.

Der Vorverkauf läuft auf Hochtouren, wer sich die letzten Karten sichern will, sollte sich sputen.

Der Andrang beim Fest wird also groß sein. Wir gehen davon aus, dass es schon nach kurzer Zeit niemand mehr auf den Bänken halten wird und Besucher samt Niveau ratzfatz unter den Tischen landen. Was eine Gaudi! Unsere Reporter werden nüchtern die Kameras drauf halten und mit uns freut sich die ganze Stadt auf unser Panini-Sammelalbum mit den schönsten Suffporträts der ausgelassen Feiernden. Schon jetzt erklingt in den Straßen und in der Redaktion ein herzhaftes:

SchniSchnaSchnapsi!

Toller Schilderwettbewerb: „Unser Dorf soll sicherer werden“

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie nicht auch stets ein unguutes Gefühl, wenn Sie sich im Bereich des Bahnhofsvorplatzes aufhalten? Und finden Sie nicht auch, dass es noch längst nicht genug Verhaltensregeln im Stadtgebiet gibt? Wir von der Agora meinen, es braucht weitere Verbote und Sicherheitshinweise an ausnahmslos allen öffentlichen Plätzen zu unserer aller übertriebenen Sicherheit und gratulieren an dieser Stelle dem Magistrat der Stadt Fulda dazu, mit gutem Beispiel voranzugehen. Jetzt sind Ihre Ideen als stets wachsame Bürgerinnen und Bürger gefragt!



Wie sie hier am Bahnhofsvorplatz erkennen können, ist am Laternenpfiler noch viel Platz für weitere öffentliche Ge- und Verbote. Wir haben sicherheitshalber mal nachgemessen: diese drei Schilder haben eine Gesamthöhe von 1,60 m. Oberhalb sind nochmal etwa 1,60 m frei und unterhalb dieser gelungenen Komposition sind es gar 2,10 m. Überschlagen ergibt das Platz für weitere 7 Schilder. Mit Ihren Ideen wollen wir die Stadt noch viel viel sicherer machen. Auf geht's, was soll noch so alles öffentlich sichtbar geregelt und gemaßregelt werden?

Malen Sie Bilder oder erstellen Sie Grafiken, schreiben Sie Texte oder liefern Sie Fotos aus anderen Städten, die Fulda bereits weit voraus sind. Wir möchten unsere schöne Stadt ganz sicher nicht alleine lassen und deshalb Ihre eingereichten Vorschläge gebündelt als Entscheidungshilfe gerne an den Magistrat der Stadt Fulda weiterleiten. Ihr Engagement für eine dringend notwendige Erweiterung der Gefahrenabwehrverordnung soll ja schließlich nicht umsonst sein! Übrigens können Sie alle eingesendeten Beiträge auf unserer Homepage anschauen. Ihnen wird dabei auch garantiert nichts passieren! Bitte senden Sie ihre Ideen an: redaktion@agora-fulda.de

Über den Tellerrand

José Alberto Mujica Cordano ist seit 1. März 2010 uruguayischer Präsident. Der fast 70-jährige verbrachte 14 Jahre seines Lebens als politisch Verfolgter im Gefängnis. Mujica spendet 90 % seines Präsidentengehalts an kleine Organisationen und wurde in diesem Jahr für den Friedensnobelpreis nominiert. Als Inspiration für uns und unsere Politiker und Würdenträger öffentlichen wir einen Text von Konstantin Wecker über diesen Erdenbürger. Man wird ja noch träumen dürfen...

Vom guten Präsidenten (fast ein Gedicht)

„Selbstinszenierung“ spotten manche Medien gern, nichts als billige PR in eigener Sache, wenn sie über Jose Mujika, den Präsidenten Uruguays schreiben, den ehemaligen Guerilla-Kämpfer, weil er 90 Prozent seines Präsidentengehalts an wohltätige Organisationen spendet, anstatt einer Luxus-Limousine einen klapprigen VW Käfer fährt und seine, zum Amt des Präsidenten gehörende, Sommer-Residenz für 100 syrische Waisenkinder geöffnet hat. Dass er Marihuana legalisiert hat, mag einigen Moralisten und Pharmakonzernen auch ein kräftiger Dorn im Auge sein, ebenso wenn er, zusammen mit seinem dreibeinigen Hund, Staatschefs in Sandalen empfängt. PR? Warum nicht, sag ich mir. Wie bewegend wäre es doch, wenn sich unser Bundespräsident so inszenieren würde. Man stelle sich vor, das Schloss Bellevue in der Mitte Berlins voll mit Kindern syrischer Flüchtlinge, was für ein großartiges Zeichen, was für ein Aufsehen würde das in der Welt erregen, wäre das nicht eines Präsidenten würdiger als für Nato und Waffenindustrie wohlfeile Reden zu halten, was für ein schöner Anblick wäre das und Frau Merkel käme nachmittags zum Tee und intoniert aus voller Brust: „We shall overcome, some day“, umringt von lachenden Flüchtlingskindern und Herr Gauck stimmt fröhlich ein, mit Sandalen und im Strickpullover wie ihn Evo Morales trägt - so eine „Selbstinszenierung“ würde sicher nicht nur mir das Herz erwärmen.

Jose Mujika, der Blumenzüchter, Widerstandskämpfer, 13 Jahre inhaftiert, davon viele Jahre in Einzelhaft und strenger Isolation - so ein Schicksal kann manchen scheinend einen mildereren Blick auf die Nöte der Mitmenschen bescheren. Und einen liebevolleren.

Zitate:

Es ist nicht Aufgabe einer Zeitung, Ordnung in eine komplizierte Welt zu bringen, sondern Unordnung in die Welt der Komplizen.

Michael Skasa, Journalist

Zweifle nie daran, daß eine kleine engagierte Gruppe von Menschen die Welt verändern kann, denn das ist das Einzige, was sie je verändert hat.

Margaret Meade

Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die Zukünftige suchen wir!

Hebr. 13,14

Wer sagt, hier herrscht Freiheit, der lügt, denn Freiheit herrscht nicht.

Erich Fried

Ich muß keine zehn Millionen verdienen, ich kann auch mit fünf Millionen leben.

Dieter Zetsche, Daimler-Chef

Ausnahmen zersägen die Regel.

Martin Uebelacker

Was es alles gibt, was ich nicht brauche.

Aristoteles

Den Anteil der erneuerbaren Energien am Strombedarf auf 20 % zu steigern ist unrealistisch.

Angela Merkel (2005)

(Anm. d. Red.: Anteil der erneuerbaren Energie 2014: 30%)

Es gab schon immer konservative und traditionelle Stimmen da draußen, die Angst vor Veränderungen hatten.

José Mujica

Wir denken in den Kategorien „Völker“ und „Länder“, und nicht als „Spezies“...

José Mujica

Impressum:

Herausgeberkreis und Redaktionsteam (V.i.S.d.P.):

Felix Döppner, Katja Ecker, Elisabeth Rammler, Walter M. Rammler, Martin Uebelacker

Die Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Pressegesetzes.

Postanschrift:

Felix Döppner, Löherstr. 24, 36037 Fulda (Ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen)

Auflage 3.000 Exemplare

Druck: Megadruck.de, Westerstede

Erscheint dreimonatlich, wird kostenfrei verteilt.

Die Rechte für die Nutzung von Artikeln oder Bildern können über das Redaktionsteam angefragt werden.

E-Mail: redaktion@agora-fulda.de

Internet: www.agora-fulda.de

Auf unserer Homepage finden Sie die komplette Ausgabe zum Download.

Facebook: www.facebook.com/AGORAFD

Teilen Sie uns mit Ihren Freunden und laden diese zu uns ein.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder andere Zusendungen. Namentlich genannte Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.



Organe für die neue Ausgabe.

Stopp! Das muss nicht sein... Sie können uns auch spenden:

KÖK e.V.

IBAN: DE38 5305 0180 0040 0097 93

BIC: HELADEF1FDS

Verwendungszweck: Agora

AGORA
Zeitung für Meinungsfreiheit,
kreative Kritik und Satire